Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Abonnementspreis mit illustr. Beilage „Volk u. Zeit“ frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspfg. Einzelverkaufspr.: 10 Reichspfg.
Redaktion: Johannisstraße 46
Fernruf { 905 nur Redaktion
926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Reichspfennige, auswärtige 25 Reichspfennige. Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Reichspfennige. Reklamen 80 Reichspfg.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 23 — Mittwoch, 28. Januar 1925 — 32. Jahrgang

Der Aufwertungsverrat.

Die Deutschnationalen verleugnen ihren eigenen Antrag.

Dr. L. Lübeck, 28. Januar.

Die Deutschnationale Partei hat die letzten Reichstagswahlen hauptsächlich mit der Aufwertungspropaganda gefüttert. Sie hat dabei eine durchschnittliche Aufwertung von 100 Prozent versprochen. Und sie versprach ferner in Wort und Schrift, für eine möglichst sofortige Aufhebung der vielverlästerten dritten Steuernotverordnung einzutreten. Voller Begeisterung forderten deshalb die Rentnerverbände usw. ihre Anhänger auf, für die Deutschnationale Volkspartei zu stimmen.

Die Deutschnationalen hielten zunächst Wort. Scheinbar! Indem sie allerlei Anträge einbrachten, von denen sie wußten, daß sie von der Mehrheit abgelehnt werden mußten. Sie waren ja Oppositionspartei und seit Jahren auf eine demagogische und völlig hemmungslose Opposition eingestellt.

Auch im neuen Reichstag, nach dem 7. Dezember, eröffneten die Deutschnationalen den Reigen im Aufwertungsausschuß mit einem von den Rentnerbünden geforderten Antrag. Dieser Antrag ist nur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Rechtslage in der Aufwertungsfrage zu verstehen.

Die dritte Steuernotverordnung mit ihrer Festsetzung der Aufwertungsgrenze auf 15 Prozent wurde zwar nach ihrer Verkündung vom Reichsgericht als rechtsgültig anerkannt. Trotzdem ging eine Anzahl gerichtlicher Entscheidungen darüber hinaus, eine Reihe bekannter Juristen trat für Rechtsungültigkeit ein, und schließlich wurden vom Reichsgericht und vom Preußischen Kammergericht mehrere Ausführungsbestimmungen der Reichsregierung als rechtlich nicht genügend fundiert abgelehnt.

So war auf dem Aufwertungsgebiet eine völlig unklare Rechtslage entstanden. Und mehr und mehr trat bei den ordentlichen Gerichten die Neigung auf, in ihren Urteilen die dritte Steuernotverordnung beiseite zu lassen und weit über 15 Prozent Aufwertung hinauszugehen. Solche günstige Urteile wurden dann von den Sparerorganisationen in die Oeffentlichkeit geworfen und zu mächtiger Propaganda benutzt.

Diesem ungewissen Zustande wollte die Reichsregierung ein Ende machen. Aber der Reichstag war ja aufgelöst, die ordentliche Gesetzgebung funktionierte also nicht. Da erinnerte sich die Regierung wieder einmal des berühmten Artikels 48 unserer Verfassung und ließ auf Grund dieses Artikels den Reichspräsidenten am 4. Dezember 1924 verkünden, **daß die dritte Steuernotverordnung** — seinerzeit auf Grund der Ermächtigung erlassen — **samt ihren späteren Ausführungsbestimmungen nunmehr definitiv auf Grund der Verfassung rechtsgültig und bindend seien.**

Ein Schrei der Empörung erhob sich in den Verbänden der Rentner usw., und die Deutschnationale Partei brachte sofort ihren berühmten Antrag ein, den Antrag: **diese Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember sofort aufzuheben.**

Wohlverstanden, die Deutschnationalen waren bei Stellung dieses Antrages immer noch nicht Regierungspartei. Aber sie wurden es bald danach. Und nun konnte man auf den weiteren Verlauf der Dinge gespannt sein.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Aufwertungsausschusses beantragten eine sofortige Sitzung zur Beratung des deutschnationalen Antrages. Gestern hat diese Sitzung stattgefunden.

Und nun, ihr Sparer und Kleinrentner, hört! Wie stellt sich die Deutschnationale Partei jetzt, nachdem sie Regierungspartei geworden ist, zur Aufwertung? **Sie verleugnet ihren eigenen Antrag!**

Die Regierungsvertreter, Reichsfinanzminister und Reichsjustizminister, forderten im Namen der Regierung eine Vertagung der Entscheidung, da die Regierung sonst in Schwierigkeiten geriete. Der erste deutschnationale Sprecher und Vorkämpfer der Aufwertung, Best, ein politischer Neuling, widersprach im Namen der Aufwertungsinteressenten. Ebenso widersprach der Vertreter der Sozialdemokraten, da die Sozialdemokratische Partei diese ewige Regiererei mit dem Artikel 48 überhaupt nicht billigen könne. So schien eine Mehrheit gegen die Vertagung und für **den deutschnationalen Antrag** gesichert.

Es schien so! Aber es war nicht so. Denn nun kam Hergt, nahm den ersten Redner seiner Fraktion, den armen alten Best auf die Hörner und machte eine Kehrtschwenkung: die Regierung sollte ein paar gute Worte geben, dann seien die Deutschnationalen keine Unmenschen und würden einer vorläufigen Vertagung ihres Antrages zustimmen. Allgemeines Gelächter! Die Sozialdemokraten protestierten. Nahmen selbst den deutschnationalen Antrag auf. Es nützte alles nichts. In aller Eile hatten die Deutschnationalen, die Volkspartei und das Zentrum ein Kompromiß geschlossen. Es kam zur Abstimmung.

Und der deutschnationale Antrag wurde vertagt d. h. er fiel unter den Tisch. **Die Deutschnationalen hatten ihren eigenen Antrag im Stich gelassen und für eine Vertagung gestimmt.**

Damit ist die Rechtsgültigkeit der dritten Steuernotverordnung und der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember konstatiert. Eine Aufwertung über 15 Prozent kann auf Grund der heutigen Rechtslage nicht mehr ausgesprochen werden. Aber ebenso ist noch etwas anderes konstatiert: **Der gemeine und demagogische Wahlschwindel der Deutschnationalen mit der Aufwertung!**

Um den Verrat etwas zu verschleiern, wurde dann die Reichsregierung beauftragt, durch Gesetz zu bestimmen, daß Entscheidungen auf Grund der dritten Steuernotverordnung auf Antrag einer Partei bis zur „demnächstigen“ endgültigen Regelung der Aufwertung aufgeschoben werden können.

Wie diese „demnächstige“ endgültige Regelung aussehen wird, dem gibt der gestern herausgegebene „Referentenentwurf“ der neuen Regierung einen kleinen Vorgeschmack. Wir werden über den Inhalt in den nächsten Tagen Mitteilung machen.

Die vielen Sparer und Rentner, die der schwarz-weiß-roten Fahne des Pastoren Kühl und anderer Schafe im Wolfspelz nachgelaufen sind, mögen sich abfinden mit der späten Erkenntnis: Bei dem ganzen deutschnationalen Aufwertungsschwindel handelte es sich einzig und allein um eine Aufwertung der Deutschnationalen Partei. Jetzt hat diese Partei ihr Ziel erreicht. Sie ist an der Futterkrippe. Jetzt ist das einzige, was sie für die vielgenannten Rentner tun will, eine große Vertagung und ein kleiner Trost.

Haben die kleinen Rentner wirklich jemals geglaubt, daß die Junker und Großindustriellen ihre Hypotheken ernstlich aufwerten wollen? Haben sie das wirklich geglaubt? Dann allerdings ist ihr Platz in den Reihen der Deutschnationalen Partei. Dort sind solch naive Gemüter am besten aufgehoben.

Sozialdemokratische Riesenkundgebung gegen die Reaktion.

Die Berliner Parteiorganisation veranstaltete am Dienstag abend eine große Protestkundgebung gegen den Bürgerblock im Reich und die Reaktion in Preußen. Sie hatte zu diesem Zweck den größten Berliner Saal, den Sportpalast, gewählt. Schon um 6 Uhr abends war das Lokal stark besetzt und obwohl die Kundgebung erst für 7 Uhr angesetzt war, mußte bereits um 6½ Uhr der Zutritt infolge Ueberfüllung gesperrt werden. Neben Löbe und Breitscheid sprach u. a. auch Ministerpräsident Otto Braun unter dem Beifall der 20 000köpfigen Menge.

Berlin, 28. Januar. (Radio.)

Nach Schluß der machtvollen Kundgebung der SPD. Groß-Berlin im Sportalast kam es zu einigen Zusammenstößen mit den Kommunisten, deren Frontkämpferbund und Jungsturm sich vor dem Gebäude angesammelt hatten. Sie waren mit Handstöcken und Knüppeln ausgerüstet und durch laut erteilte Kommandos älterer Führer wurden ihnen die nötigen Anweisungen gegeben. Zunächst beschränkte man sich auf wüste Anpöbeleien der sozialdemokratischen Versammlungsbesucher. **Als jedoch das Reichsbanner mit den Fahnen den Sportpalast verließ, stürzten sich die Kommunisten auf Kommando auf die Fahnenträger, sodaß ein wüster Kampf entstand.** Schwere Ausschreitungen wurden zum Glück durch das Eingreifen einiger Hundertschaften der Schutzpolizei verhindert. Bei der Ankunft der Grünen rissen die Kommunisten aus. Auch in anderen Stadtteilen überfielen die Kommunisten aus der Versammlung zurückkehrende Sozialdemokraten. Zu einem blutigen Zusammenstoß kam es dabei in unmittelbarer Nähe des „Vorwärts“-Gebäudes. Hier wurden etwa 100 Mann des Reichsbanners von einem Kommunistentrupp in Stärke von 300 Mann von hinten überfallen und mit Knüppeln und Messern bearbeitet. **Der Kampf dauerte eine halbe Stunde** und zehn bis zwölf Reichsbannerleute wurden dabei durch Schlag- und Stichwunden verletzt. Ein 60jähriger Mann hatte von den Kommunisten einen Messerstich in den Kopf erhalten. Hier versagte die Polizei vollkommen, sodaß von den Kommunisten niemand festgestellt werden konnte.

Ein vernünftiger Vorschlag.

SPD. Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Auf der Suche nach einem wirksamen Mittel zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung einigte sich die sozialistische Kammerfraktion auf einen vom Abg. Baron eingebrachten Antrag, der vorschlägt, die Namen derjenigen Personen zu veröffentlichen, die die von ihnen geschuldete Kriegsgewinnsteuer nicht entrichtet haben, falls der Betrag 200 000 Francs übersteigen sollte.

Die deutsche Antwortnote.

Wo bleibt der deutschnationale Faustschlag auf den Tisch?

Die Antwort der Reichsregierung auf die Kollektivnote in der Räumungsfrage ist heute vormittag den alliierten Vertretern übergeben worden. Sie lautet:

„In der dem Herrn Reichskanzler am 26. Januar überreichten Note erklären die Alliierten Regierungen, daß sie einstweilen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der Deutschen Regierung zu erörtern oder auf die Darlegungen der deutschen Note vom 6. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung jener Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie, ebenso wie früher, möglichste Beschleunigung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der Deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzuhalten und die Behauptung zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgesehene Voraussetzung für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe.

Die Deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 6. Januar den Alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die Alliierten Regierungen halten die Deutsche Regierung wie auch die Oeffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrages beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die Alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhalts die schwerwiegendsten Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der Deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten.

Die Deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, inwiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgeworfen werden könnte. Sie hat nicht bestritten und bestreitet nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone am 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offenkundig, als daß die Alliierten Regierungen die Nichtinnehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins mit dem gegenwärtigen Stande der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die Alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgesehene etappenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind als diejenigen des Artikels 428.

Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbaren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die Deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die Alliierten Regierungen die Mitteilung des angekündigten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzung für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konfliktes schaffen.“

*

Dazu schreibt der „Soz. Pressedienst“:

Als wenige Wochen vor dem 10. Januar 1925 die Räumung der Kölner Zone zur öffentlichen Debatte stand, forderten die Deutschnationalen schärfste Repressalien für den Fall, daß die Räumung nicht erfolgen würde. Inzwischen sind ihre Vertreter auf dem Wege des Kuhhandels zu Mitgliedern der Reichsregierung geworden, und jeder Mensch, der auf deutschnationale Erklärungen noch etwas gegeben hat, dürfte erwartet haben, daß **nunmehr die große Aenderung in dem bisherigen außenpolitischen Kurse erfolgen würde. Was aber erleben wir? Die Maulhelden von gestern wagen nicht einmal einen offiziellen Protest gegen die letzte alliierte Note;** sie winden und drehen sich, verzichten sogar, ein berechtigtes Verlangen aufzustellen und begnügen sich mit dem Ausdruck einer „Erwartung“. **Welches Geschrei, wenn eine Regierung der Linken so zu „Kreuze gebrochen“ wäre wie die deutschnationale Regierung!**

Die Handelsvertragsverhandlungen.

Lenkt Frankreich ein?

Paris, 28. Januar. (Radio.

Die Antwort der französischen Handelsvertragsdelegation auf die in der deutschen Note vom 23. Januar gestellten Rückfragen kann, da sie auch in bezug auf Vollständigkeit und Klarheit sehr viel zu wünschen übrig läßt und der Auslegung alle Türen offen hält, als Entgegenkommen bezeichnet werden. Das gilt vor allem von der äußeren Form, aber auch sachlich enthält sie, wenigstens soweit es sich um den endgültigen Handelsvertrag handelt, manches, was als Annäherung an den deutschen Standpunkt bezeichnet werden kann. Zum ersten Male wird in dieser Antwort darauf verzichtet, die geltende französische Gesetzgebung als unüberwindliches Hindernis für die Gewährung der Meistbegünstigung hinzustellen. Die politische Bedeutung dieser veränderten Haltung ist um so weniger zu unterschätzen als sie zusammenfällt mit einer neuen Auffassung der maßgebenden Stellen, wie sie dieser Tage in Erklärungen des Direktors des Handelsministeriums Serruys auf dem Kongreß der nordfranzösischen Industrie zum Ausdruck gekommen ist. Serruys hat sich dort zu der Ansicht bekannt, daß der Abschluß langfristiger Handelsverträge bei der Starrheit, der jetzigen französischen Gesetzgebung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße und das deshalb eine Aenderung der Gesetzgebung vorzunehmen sei.

Die deutsche Anfrage, für welche Waren Frankreich eine unterschiedliche Behandlung ins Auge gefaßt habe, beantwortet die Note dahin, daß davon vielleicht ganz abgesehen werden könne, wenn die geplante Revision des französischen Zolltarifes zu einem ausreichenden Schutz der französischen Industrie führt, daß im übrigen eine Schlechterstellung der deutschen Erzeugnisse nur dann in Frage kommen werde, wo deren Preise sehr erheblich unter denen anderer Länder liegen. Außer der Antwort auf die deutsche Rückfrage enthält die französische Note das Ersuchen um Bekanntgabe der Zugeständnisse, die Deutschland für Elsaß-Lothringen zu machen gedenkt.

In der Vereinbarung, wie sie in dem Protokoll der Schwerindustrie angedeutet ist, erblickt Frankreich den Versuch eines Dumping und droht mit der Anwendung des Artikels 3 des Anti-Dumping-Gesetzes vom Jahre 1910, daß die Anwendung von Strafzöllen mit doppelten Tarifen vorsieht.

Ein Garantievertrag mit Frankreich?

Pazifistische Ideen der „nationalen" Regierungsmänner. Kühle Aufnahme in Frankreich.

SPD. Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Nach einer Berliner Meldung der „Information" soll die französische Botschaft in Berlin von der Absicht der deutschen Regierung, Frankreich einen Garantievertrag anzubieten, bereits offiziell unterrichtet worden sein. Das Blatt will dazu weiter erfahren haben, daß dieser Vertrag sich nicht nur, wie man ursprünglich in Paris angenommen habe, auf die deutsche Westgrenze, sondern auch auf die Ostgrenze beziehen, was nach Auffassung maßgebender Politiker den ersten ernsthaften Schritt zum Frieden darstellen würde. Der französische Botschafter, der bisher von seiner Regierung keinerlei Instruktionen erhalten habe, soll nach derselben Quelle den Plan skeptisch beurteilen. Er habe geäußert, daß, wenn Deutschland wirklich seinen guten Willen beweisen wolle, ihre Gelegenheit dazu durch Annahme des bisher von ihm abgelehnten Artikels 16 des Genfer Protokolls geboten sei.

SPD. Paris, 27. Januar (Eig. Drahtber.)

Die Absicht der deutschen Regierung, Frankreich einen Garantievertrag nach dem Muster der bereits im Januar 1923 vom Kabinett Cuno durch Vermittlung der englischen Regierung gemachten Vorschläge anzubieten, hat in Paris die Erörterung der Sicherheitsfrage erneut ins Rollen gebracht. Im großen und ganzen steht man in den politischen Kreisen einem derartigen Schritt Deutschlands mit Skepsis, zum Teil sogar mit ausgesprochenem Mißtrauen gegenüber. Man macht hier kein Hehl daraus, daß ein solcher Vorschlag als ein wirklich ernsthafter Schritt zur Festigung des Friedens mit Frankreich auf eine sehr wohlwollende Beurteilung hätte rechnen können, wenn er von einer demokratisch-republikanischen Regierung ausgegangen wäre. Einem Kabinett Luther gegenüber, dessen Mitglieder in der übergroßen Mehrzahl ihre nationalistische Gesinnung bisher allzu lärmend bekundet haben, als daß man hier an die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit ihrer Absichten glaubt, hält man sich zum mindesten zu starker Vorsicht verpflichtet. Zwar ist man keineswegs unzugänglich für das Argument, daß eine Rechtsregierung in Deutschland mit einer Politik der deutsch-französischen Verständigung weit weniger innerpolitische Widerstände zu überwinden haben würde, als ein auf die Linke gestütztes Ministerium; dennoch ist das Mißtrauen gegen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei hier zu tief verankert, sodaß man in der jetzigen Einstellung zur Sicherheitsfrage lediglich ein taktisches Manöver zur Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebiets erblickt. Auch der von dem führenden Organ des deutschen Zentrums unternommene Versuch, die Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung in der Sicherheitsfrage zum Gegenstand einer direkten Aussprache zu machen, begegnet in Paris in weiten Kreisen dem gleichen Mißtrauen. Denn man vermag nicht zu verstehen, weshalb das Zentrum ein monarchistisch-nationalistisches Kabinett unterstützt, wenn es wirklich den Wunsch nach einer offenen und loyalen Verständigung hat. Dazu kommt weiterhin, daß man in Frankreich die Lösung des Sicherheitsproblems nach wie vor auf breitester internationaler Grundlage, d. h. im Rahmen des Völkerbundes, sucht, und einem Sonderabkommen mit Deutschland nur dann irgendwelchen praktischen Wert beimessen zu können glaubt, wenn es mit einem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und in internationalen Abrüstungs- und Schiedsgerichtsverträgen im Rahmen des Genfer Protokolls seine Ergänzung finden würde. In den offiziellen Kreisen Frankreichs bewahrt man eine rein abwartende Haltung. Es wird erklärt, daß man jeden konkreten deutschen Vorschlag gewissenhaft prüfen und sich bei der Entscheidung darüber ausschließlich von dem Wunsche nach einer dauernden Sicherung des europäischen Friedens leiten lassen werde.

Saarbergleute in Paris.

SPD. Paris, 27. Januar. (Eig. Drahtber.)

Eine gemischte Kommission der Gewerkschaften der Saarbergleute weilt seit Dienstag mit der Direktion der in französischen Staatsbesitz übergegangenen Saargruben in Paris, um mit den zuständigen Regierungsstellen über die Lohnforderungen zu verhandeln. Die Saarbergleute verlangen eine den stark gestiegenen Kosten der Lebenshaltung angepaßte Erhöhung der bisherigen Löhne, haben aber bisher wenig Entgegenkommen gefunden. In unterrichteten Kreisen hält man den Ausbruch eines neuen Streiks der Saarbergleute deshalb für nicht ausgeschlossen.

Der englische Standpunkt in der Räumungsfrage.

Nur im Einvernehmen mit Frankreich.

London, 28. Januar. (Radio.)

Das Bureau Reuter ist ermächtigt worden, die Nachricht zu dementieren, daß Groß-Britannien die Räumung der Kölner Zone ins Auge gefaßt habe. Gegenüber Berichten über direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und England über die Räumungsfrage wird darauf hingewiesen, daß diese Frage Groß-Britannien nicht allein angehe, sondern Sache der Interalliierten sei. Die Truppe in der englischen Zone sei lediglich ein Bestandteil der gesamten Besatzungsarmee. England werde in der Räumung der Kölner Zone nichts unternehmen, solange Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht erfüllt hat. Die Räumung werde automatisch erfolgen, wenn die Vertragsbedingungen erfüllt sind.

Die Finanzwirtschaft des Dr. Luther.

Neuer Millionensegen für die Ruhrgewinnler. Hunger und Arbeitslosigkeit für die Arbeiter.

Schärfster Einspruch der Sozialdemokratie.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am 27. Januar folgenden Brief an den Reichskanzler Dr. Luther gerichtet: Die Vertagung des Reichstages hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gehindert, in öffentlicher Reichstagssitzung die Frage der **Entschädigung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen aus Anlaß des Ruhrkampfes** zur Sprache zu bringen. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen, Herr Reichskanzler, auf diesem Wege folgendes zu unterbreiten:

Nach Pressemeldungen ist vor einigen Tagen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem Ruhrbergbau ein Abkommen über den Ersatz der Schäden geschlossen worden, die dem Bergbau während des Ruhrkampfes entstanden sind. **Das Reich erkennt darin seine Entschädigungspflicht an** und habe sich zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt. Die Verteilung der Entschädigungszahlungen des Reiches, auf die **bereits größere Abschlagszahlungen erfolgt** seien, geschehe durch die Ruhrkohle-A.-G. Die endgültige Verrechnung sei noch nicht vorgenommen worden. Auch der Zeitpunkt dafür stehe noch nicht fest. Die Entschädigungsansprüche der Eisen- und Stahlindustrie sollen ähnlich geregelt werden.

Ferner ist durch die Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924, die anscheinend die formelle Grundlage für das vorerwähnte Abkommen darstellt, **eine außerordentlich weitreichende Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Reiches** vorgenommen worden. Die Entschädigungspflicht, die bisher nur bis zum 31. Oktober 1923 bestand, ist auf alle Schäden ausgedehnt worden, die bis zum 15. November 1924 entstanden sind. Des weiteren werden künftig 5000 Mark voll entschädigt (bisher 2500 Mark), höhere Beträge mit 75 Prozent (statt bisher 25 Prozent). Außerdem ist die bisherige Höchstgrenze von 50 000 Mark aufgehoben worden.

Diese Mitteilungen haben in der Oeffentlichkeit große Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist entstanden aus der Erwägung,

1. daß es sich bei dieser Maßnahme um den gewaltigen Betrag von mehreren hundert Millionen Goldmark handelt. Die Presse beziffert den **Anspruch der rheinisch-westfälischen Großindustriellen allein auf 600 Millionen Goldmark**

2. daß Entschädigungen gezahlt werden **nicht nur für den tatsächlich erlittenen Schaden, sondern auch für entgangene Gewinne,**

3, daß den Entschädigungsansprüchen Preise zugrunde liegen, die mit Rücksicht auf die Tragung der Micumlasten durch die Industrie **weit über den Produktionskosten** festgesetzt waren,

4. daß die Zahlung erfolgt **ohne gründliche und einwandfreie Nachprüfung der Schäden,** sodaß **ein neuer Typus von „Ruhrgewinnlern"** geschaffen wird,

5. daß bei der Bemessung der Entschädigungen **weder die gewaltigen Gewinne durch Papiermarkkredite der Reichsbank,** des Reiches sowie durch **die Ausgabe von Notgeld** und die **bisher bereits gezahlten Entschädigungen,** die sogenannte Lohnsicherung, berücksichtigt werden,

6. daß die Anerkennung der Ansprüche erfolgt auf dem Verwaltungswege, und daß **die gesetzgebenden Körperschaften bei dieser gewaltigen Ausgabe überhaupt nicht befragt worden sind,**

7. daß die durch das Abkommen zur Auszahlung gelangenden Beträge in dieser Höhe **weder im Haushaltsplan für 1924 noch in dem für 1925 angefordert** werden,

8. daß damit die **Millionen Liquidationsgeschädigter, Vertriebener, Auslandsdeutscher** und Inflationsgeschädigter, die mit Pfennigentschädigungen abgespeist worden sind, **weit schlechter behandelt werden als die kapitalkräftigen Ruhrgeschädigten,**

9. daß damit die Reichskasse so stark belastet wird, daß der Abbau der Massenbelastung gefährdet wird und **gewaltige Ansprüche anderer Geschädigter** hervorgerufen werden.

Hinzu kommt, daß den nach der Rückgabe der Micum-Zechen an ihre früheren Besitzer von diesen fristlos entlassenen Angestellten und Arbeitern bisher von den Bergwerksgerichten **weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden ist.** Der Gedanke, daß aus den Begleiterscheinungen des passiven Widerstandes **die kapitalkräftigen Zechenbesitzer unverdiente Bereicherung,** dagegen **die eigentlichen Träger des Ruhrkampfes nach den schon gebrachten ungeheuren Opfern jeder Art auch noch den Verlust der Existenz und die Ablehnung jeder Entschädigung erfahren sollen,** ist unerträglich.

Der **Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** sieht sich deshalb veranlaßt, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die **Ausführung der mit der Ruhrkohle-A.-G. geschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen,**

2. die Ausführung der **Bekanntmachung** über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924 **vorläufig einzustellen** und

3. **dem Reichstage sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen,** die sowohl eine vollständige Uebersicht über die der Ruhrindustrie seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch die Materialien, die zur Begründung einer unseres Erachtens unbedingt erforderlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche notwendig sind.

Wir halten diese Forderungen für umso berechtigter, als eine gesetzliche Grundlage für eine so weitgehende Ausdehnung dieser Entschädigungsansprüche uns nicht gegeben erscheint. Wenn aus der Reichskasse durch selbständige Entscheidung der Verwaltung so gewaltige Summen zur Auszahlung angewiesen werden könnten, würde damit jedes geordnete Budgetrecht des Reichstages illusorisch werden. Deswegen sehen wir in dem Vorgehen der Regierung eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstags.

Angesichts der gespannten Finanzlage des Reiches, die zur erheblichen Einschränkung der sozialen Fürsorge geführt hat, und der Ansprüche, die die Aufwertung der öffentlichen Anleihen und der Entschädigungen der Liquidationsgläubiger an die Reichskasse stellen, warnen wir aufs ernsteste vor einer Anerkennung von unberechtigten Ansprüchen der Ruhrindustrie, die das Reich mit Hunderten von Millionen Goldmark belastet. Bereits jetzt hat die Ankündigung der erheblichen Entschädigungszahlungen zu einer Hausse in Montanpapieren an der Börse geführt, die den Aktionären unberechtigte hohe Gewinne verschafft.

Die beschränkten Mittel des Reiches dürfen nicht zur Bereicherung des Großkapitals führen, sondern müssen ausschließlich zur sozialen Fürsorge der Millionen Notleidender, insbesondere der bedürftigen Opfer der Inflation und des Ruhrkampfes dienen.

Vor einem Bergarbeiterstreik in England.

SPD. London, 26. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Hoffnung, daß sich mit den Bergbauunternehmern von Derbyshire eine Einigung erzielen läßt, hat sich nicht erfüllt. Auf der gemeinsamen Besprechung zwischen den Besitzern der Braunkohlenbergwerke und den Vertretern der Gewerkschaften zeigte es sich, daß die Unternehmer einer Wiederherstellung der vor 1922 im englischen Braunkohlenbergbau gezahlten Löhne nur unter der Bedingung zustimmen, daß sich die Arbeiter auf ein Sonderlohnschiedsgericht für den Braunkohlenbergbau einließen. Da die Arbeiter dieser Bedingung nicht zustimmen konnten, so wird, wenn nicht im letzten Augenblick eine Wendung eintritt, die Bergarbeiterschaft der Braunkohlenwerke von Derbyshire am Dienstag in den Streik treten. Es handelt sich um rund 25000 Arbeiter.

Mussolinis Tyrannei.

Die Schweiz bekommt Fußtritte.

SPD. Genf, 26. Januar. (Eig. Drahtber.)

Die Genfer „Travail" meldet, daß der italienische Gesandte in Bern neue Schritte beim Bundesrat unternommen hat, um diesen zum Einschreiten gegen Schweizer Blätter zu veranlassen, deren Kritik an den innerpolitischen Zuständen in Italien den Faschisten unangenehm ist. Gleichzeitig versucht die italienische Regierung, vom Bundesrat Ausweisungsbefehle gegen italienische Flüchtlinge in der Schweiz zu erlangen unter dem Vorwande, daß sie Pläne gegen den Faschismus schmiedeten. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen steht eine von den italienischen Behörden durchgeführte Briefzensur an der italienisch-schweizerischen Grenze, durch die die gesamte Korrespondenz mit den Führern der italienischen Opposition und ebenso mit mißliebigen Schweizer Blättern willkürlich beschlagnahmt wird. Die italienische Regierung behauptet natürlich offiziell, daß ihr von diesen Zensurmaßnahmen nichts bekannt sei.

Staatsstreich in Chile.

In Chile hat eine Gruppe unterer Offiziere die Regierung gestürzt und ein Ministerium aus den Staatssekretären gebildet. Nach allen heute vorliegenden Meldungen scheint die Bewegung bereits beendet und im wesentlichen unblutig verlaufen zu sein. Die Staatsstreichler haben einen vollen Erfolg. Der am 5. September 1924 gestürzte linksdemokratisch eingestellte Präsident Alessandri, der sich zurzeit in Mailand aufhält, wurde telegraphisch aufgefordert, sofort zurückzukehren. **Damit ist der Versuch der höheren Militärs, ein reaktionäres Regime in Chile aufzurichten, gescheitert.** Alle Meldungen berichten übereinstimmend, daß die Umstürzler vom September vorigen Jahres an der wirtschaftlichen und politischen Lage des Landes nicht das Geringste haben bessern können. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß die Generalclique, die sich damals der Macht bemächtigte, irgendwelche politischen und wirtschaftlichen Ziele gar nicht gehabt habe, sondern aus unlauteren Motiven, sei es Ehrgeiz oder Habsucht, gehandelt hätte. Alessandri, der als eine bedeutende politische Kraft gilt, dürfte nach den neuen Verhältnissen mehr Aussicht haben, seine Ziele zu verwirklichen. Doch bleibt seine Abhängigkeit von den Militärs, die ihn jetzt wieder eingesetzt haben, bedenklich.

Die nationalen Schnapsschieber.

Eine „Stütze der Gesellschaft" über den großen Teich geflohen.

Halle, 27. Januar.

Die Spritschieber-Affäre Weber-Rutschke, über die wir wiederholt berichtet haben, ist durch die Jagd nach den Millionendieben in ein neues Stadium getreten. Der wiederholt genannte Bankdirektor Reich der Darmstädter Bank hat sich als dieser Millionendieb herausgestellt. U. a. war er Verwalter des über 2 Millionen betragenden Vermögens der Witwe des verstorbenen Kommerzienrats Riebeck von den bekannten Mitteldeutschen Riebeck-Montanwerken Auf deren Namen hat er während der Inflationszeit die wahnsinnigsten Börsenspekulationen vorgenommen. Außer den 2 Millionen der Frau Riebeck hat er auch andere Vermögen angegriffen. Jetzt hat er anläßlich seiner Flucht in der Spritschieber-Affäre auch die 2 Millionen der Witwe Riebeck mit auf die Reise genommen. Zunächst war er nach Holland (Utrecht) geflüchtet, wo er angeblich in einem Sanatorium sich befand. Als die Verwandten der Frau Riebeck sich um ihn bemühten, stellte es sich heraus, daß er bereits die Reise über das große Wasser angetreten hatte. Verhandlungen über das Auslieferungsverfahren schweben angeblich bereits. Der Fall Reich wächst sich zu einem Gesellschaftsskandal ersten Ranges in Mitteldeutschland aus.

Wie steht's damit?

Nach Versammlungsberichten aus Schönberg hat der deutschnationale Lehrer Düring dort eine seiner bekannten tödlichen Reden gehalten. Er soll dabei die Person des Reichspräsidenten in bekannter übler deutschnationaler Manier angegriffen und dabei die Bezeichnung „roter Fritze" angewandt haben.

Selbstverständlich können wir von hier aus nicht ohne weiteres nachprüfen, ob diese Darstellung richtig ist. Aber Herr Düring kann sich ja dazu äußern. Wenn sie aber richtig ist, so wird es Pflicht des Senats oder der Bürgerschaft sein, daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Ein Lehrer, der in dieser verächtlichen Weise von dem Oberhaupt der Republik spricht, eignet sich nicht zum Jugenderzieher. Er ist jedenfalls völlig ungeeignet als Erzieher der Jugend zu der durch die Verfassung vorgesehenen „staatsbürgerlichen Gesinnung".

Wir wollen diesem Herrn und vielen seiner Kollegen den Artikel 148 der Reichsverfassung für alle Fälle nochmals unter die Nase halten:

„In allen Schulen ist sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben."

Nun hat zunächst Herr Düring das Wort!

Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß!

Wie die Bureaukratie mit den Schwerbeschädigten umspringt.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen schreibt dem „Soz. Pressedienst“:

„Bekanntlich haben die Behörden beim Personalabbau gegenüber Schwerkriegsbeschädigten, denen man so oft den Dank des Vaterlandes versprochen hat, in einer Weise gehandelt, die der Oeffentlichkeit gar nicht genügend bekannt ist. Wir wollen daher aus unserem Material einige Auszüge geben, um die Berechtigung des von der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag gestellten Antrages, das Vorrecht der Behörden bei der Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes zu beseitigen, auch damit zu beleuchten.

1. Der Schwerkriegsbeschädigte Weigand (Oberschenkel-Amputierter, früher Friseur) wurde infolge der Vorschriften der Personalabbauverordnung im Februar 1924 vom Eisenbahnbetriebsamt in Lauda entlassen. Der Reichstagsausschuß zur Ueberwachung der Durchführung der Personalabbauverordnung hat auf eine von uns eingereichte Petition im Juli 1924 beschlossen, der Reichsregierung die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, also den Weigand wieder in sein altes Dienstverhältnis zu überführen. Bis September war zunächst von der zuständigen Reichsbahndirektion in Karlsruhe über die Ausführung des Beschlusses überhaupt nichts zu hören. Auf wiederholte Mahnungen von uns und auf Vorstellungen eines badischen Landtagsabgeordneten teilte sie dann mit, daß sie eine Anweisung des Reichsverkehrsministeriums nicht erhalten habe. Mahnungen von uns, die an das Reichsverkehrsministerium und nachher an die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn gerichtet waren, blieben ebenfalls unbeantwortet. Erst am 20. Januar 1925 ist auf wiederholte Mahnungen und auf die Drohung, daß die Angelegenheit nochmals von uns dem Reichstag unterbreitet werden müßte, von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn ein Bescheid vom 15. Januar 1925 eingetroffen, der wie folgt lautet:

„Wir haben die Reichsbahndirektion in Karlsruhe angewiesen, den Weigand für die Uebertragung einer geeigneten Beschäftigung — für den Schreibdienst ist er nach den bisherigen Erfahrungen nicht geeignet — vorzumerken.“

Mit diesem Bescheid wird ebenso wie durch das bisherige Schweigen der Beschluß des Reichstagsausschusses einfach unberücksichtigt gelassen.

2. Der Schwerkriegsbeschädigte Krämer (Oberschenkel amputiert) in Werdohl wurde kurz nach Inkrafttreten der Personalabbauverordnung als Beamter abgebaut. Zur Begründung wurde angeführt, daß ein Hautausschlag den Umgang mit dem Publikum erschwere und deshalb an der Sperre als Stationsschaffner nicht mehr beschäftigt werden könnte. Auch im Schrankenwärterdienst sei Krämer besonders deshalb nicht zu verwenden, weil er den Weg zu dem Posten als Oberschenkelamputierter nicht zurücklegen könne. Krämer war seit 1906 im Dienste der Reichsbahn gestanden.

Eine von uns an den Reichstag gerichtete Petition vom 7. Mai 1924 wurde vom Ausschuß zur Ueberwachung der Durchführung der Personalabbauverordnung am 23. Mai 1924 der Reichsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Auch in diesem Fall hat die Reichsbahn den Beschluß des Reichstagsausschusses nicht ausgeführt. Es wurde nach Vorstellungen bei der Reichsbahndirektion auf Ausführung des Beschlusses dem Krämer zugemutet, eine versuchsweise Beschäftigung im Lohnverhältnis zu übernehmen. Dabei liegt die in Frage kommende Arbeitsstelle 23 Kilometer von seinem Wohnort entfernt. Erst wurde also Krämer mit der Begründung abgebaut, daß er als Oberschenkelamputierter nicht einmal den Weg zum Schrankenposten zurücklegen könne, und dann wird unter Außerachtlassung des Beschlusses des Reichstagsausschusses, ihn wieder ins Beamtenverhältnis zu übernehmen, die Zumutung gestellt, 23 Kilometer von seinem Wohnort entfernt im Lohnverhältnis tätig zu sein. Wir haben in dieser Angelegenheit unterm 31. Dezember 1924 eine neue Petition an den Reichstag gerichtet.

3. Der Angestellte Mahle wurde „auf Grund der Vorschriften der Personalabbauverordnung“ vom Versorgungsamt Liegnitz am 31. März 1924 entlassen. Der Ausschuß zur Ueberwachung der Durchführung der Personalabbauverordnung hat in seiner Sitzung vom 18. November 1924 beschlossen, eine Petition des Mahle der Reichsregierung zur Erwägung zu überweisen. Unterm 28. November teilt das Reichsarbeitsministerium dem Mahle mit, daß es grundsätzlich bereit sei, ihn beim Versorgungsamt Liegnitz wiedereinzustellen. Zurzeit sei dies jedoch nicht möglich, da ein Bedarf an Hilfskräften nicht vorliege. Das Hauptversorgungsamt Breslau sei jedoch angewiesen, bei Bedarf auf ihn zurückzugreifen, wenn ein geeigneter Wartegeldempfänger nicht mehr zur Verfügung stehe. Da Wartegeldempfänger wohl immer zur Verfügung stehen, wird natürlich auf diesem Wege eine Wiedereinstellung des Mahle nicht in Frage kommen. Wir bemerken, daß bei dem Abbau des Mahle politische Gründe mitgespielt haben, wenn dies auch nicht gesagt wird. Mahle ist eifriger Anhänger der SPD. und Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Er ist für beide Organisationen agitatorisch tätig. Mahle hat vier Kinder im Alter von 4½ bis 11½ Jahren. Dienstbeschädigung: rechter Unterarm amputiert.

4. Zum 7. August 1924 ist von der Bahnmeisterei Hatzfeld in Hessen den schwerkriegsbeschädigten Bahnunterhaltungsarbeitern Wilhelm Wolf und Heinrich Schaub das Dienstverhältnis mit Berufung auf die Personalabbauverordnung gekündigt worden. Wolf ist Familienvater und hat für drei unmündige Kinder im Alter von 5 Monaten bis 4½ Jahren zu sorgen. Schaub ist wegen der Folgen seiner Dienstbeschädigung besonders zum Streckenwärter umgeschult worden. Er ist der alleinige Ernährer seiner Eltern. Aus guten Gründen hat die zuständige Hauptfürsorgestelle in Wiesbaden die Zustimmung zur Kündigung verweigert. Das Reichsverkehrsministerium hat jedoch auf Antrag des Betriebsamts Frankenberg die Zustimmung erteilt. Vor Erteilung der Zustimmung des Ministeriums wandten wir uns unter Darlegung des Sachverhalts unterm 31. Juli 1924 an das Reichsverkehrsministerium und baten, es bei der Entscheidung der Hauptfürsorgestelle zu belassen. Irgendwelche Antwort ist, wie das beim Reichsverkehrsministerium und bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn im letzten halben Jahre so üblich geworden ist, bis jetzt trotz schriftlicher Erinnerungen vom 25. 9., 14. 10., 30. 10., 24. 11., und 24. 12. 1924 nicht erfolgt. Die beiden Schwerbeschädigten sind bis heute noch erwerbslos.

Die Oeffentlichkeit mag selbst entscheiden, ob gegen solche rücksichtslosen Behandlungsarten der Behörden gegenüber Schwerkriegsbeschädigten nicht mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden muß. Der allmächtigen Bureaukratie muß doch auch beizukommen sein.“

„Nationale“ Kulturpolitik.

Millionen für die Kirche, keinen Pfennig für Baufonds und Volkshochschule!

SPD. Weimar, 26. Januar. (Eig. Drahtber.)

Im Haushaltsplan für Thüringen waren für die Kirche 1 Million Mark eingesetzt. In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses beantragte nunmehr die Bürgerblockregierung, diesen Betrag auf 3 Millionen zu erhöhen. Selbstverständlich stimmte die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses dem Antrage zu. Dabei sind in Thüringen die Beamten bis zu 15 Proz. abgebaut worden, die Kirche aber hat kaum 5 Proz. der Geistlichen im Abbauverfahren entlassen. Während auf kulturpolitischem Gebiete für die Volkshochschule für Tinz usw. die Mittel gestrichen und gekürzt werden, führt die Rechtsregierung die durch Kürzung der Gehälter der unteren Beamten und Erhöhung des Schulgeldes gewonnenen Einnahmen der Kirche zu. Kulturpolitik des Bürgerblocks!

Sie können den Wahnsinn nicht lassen!

Ein kommunistisches Waffenlager in Köln ausgehoben.

Köln, 27. Januar.

Der Kölner Kriminalpolizei gelang es in Köln in einem Hause in der Katharinenstraße ein Munitionswaffenlager auszuheben. Gefunden wurde eine fertig gestellte Bombe, ferner eine Menge Material für etwa 50 weitere Bomben, außerdem Schußwaffen aller Art. Ein Teil der gefundenen Waffen entstammte dem Aachener Polizeipräsidium, wo sie vor längerer Zeit gestohlen wurden.

*

Der Wohnungsinhaber, ein bekannter Kölner Kommunist, scheint die Absicht gehabt zu haben, die Bomben gegen die Feinde der kommunistischen Partei zu verwenden, ein zweiter im gleichen Hause wohnender Kommunist konnte fliehen. Der Leiter des Roten Frontkämpferbundes ist auf Anordnung der britischen Besatzungsbehörde in Haft genommen. Ob seine Verhaftung im Zusammenhang mit dem Waffenfund steht, konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

Deutschland und Dänemark.

Genosse Stauning gegen jede Unterdrückungspolitik.

Kopenhagen, 27. Januar.

Der dänische Staatsminister Genosse Stauning hielt in Dänisch-Nordschleswig eine Rede, die als Stellungnahme der dänischen Regierung aufzufassen ist. Nach einem Hinweis darauf, daß der Verlust Schleswigs 1864 nicht zuletzt durch einen dänischen Fehler verursacht wurde und die deutsche Sozialdemokratie schon seit 1902 für eine Volksabstimmung in Nordschleswig eingetreten sei, gab Stauning zu, daß Form und Regel der Abstimmung 1920 von beiden Seiten kritisiert werden könnte. Die neue Grenze sei aber eine Tatsache und von deutscher wie dänischer Seite müsse man sich danach richten. Daraus folge, daß Dänemark die deutsche Minderheit keinem Zwangsregiment unterwerfen könne wie auch die Form von Agitation für das Dänentum Klugheit und Mäßigung zu zeigen habe. Jede Agitation oder Propaganda, die Unfrieden und Unfreundschaft zwischen den beiden Ländern stiften kann, sei verwerflich. Es gebe nur einen Weg, die Verständigung zu fördern und zwar durch Konferenzen. Unverantwortliche Kreise müßten sich unbedingt zurückhalten. Diese letzten Worte Staunings richteten sich gegen die Pläne, ein freiwilliges dänisches Grenzschutzkorps aufzurichten.

Die Lage der Diktatur in Spanien und Italien.

Schwächung der Opposition?

Aus Italien wie aus Spanien kommen Nachrichten, die wohl beachtet sein wollen. Es hat stark den Anschein, als ob Mussolini wie auch Primo de Rivera zurzeit wieder mehr Herren in ihren Ländern sind, als bislang. In Italien hat die Knebelung der Oppositionspresse immerhin das eine erreicht, daß die Aventinopposition in ihrer Lage unsicher geworden ist. Man hört sie nicht mehr. Ihre Beschlüsse, die sie auf der einsamen Höhe des Aventin faßte, verhallen einfach. Infolgedessen ist ihre agitatorische Kraft stark beeinträchtigt. Dieser Tage ist nun auch die bedeutendste Zeitung der Opposition, der Nuovo Paese, eingegangen und der Herausgeber ins Ausland geflüchtet. Es fragt sich bei dieser Gelegenheit doch, ob der Kampf geegn den Faschismus nur durch Ausnutzung von Skandalaffären zu führen ist. Ein weiteres schwieriges Moment ist dadurch entstanden, daß der Faschismus und der Papst es verstanden haben, die katholische Volkspartei zwar nicht aus der Opposition herauszulocken, aber sie durch das Versprechen eines klerikalen Schulgesetzes von den Sozialisten zu trennen.

In Spanien scheint nach den vorliegenden Meldungen die Opposition auch mehr rednerisch als tatkräftig veranlagt zu sein. Bemerkenswert ist die Nachricht deutscher Korrespondenten aus Madrid, daß die große Masse der Bevölkerung den politischen Ereignissen durchaus gleichgültig gegenübersteht. Der Mißerfolg in Marokko hat dem Diktator weniger geschadet, als angenommen werden mußte. Das Volk bleibt weiterhin unberührt von den großen Entscheidungen, die eigentlich zu fällen wären, und geht seinen kleinen Geschäften und Sorgen nach. Es ist unbedingt notwendig, daß man diesen Dingen mit aller Entschlossenheit ins Gesicht sieht. Man muß erkennen, daß der Faschismus nicht nur mit dem Tintenfaß bekämpft werden kann. Die deutschen Republikaner sollten sich bemühen, aus den augenblicklichen Vorgängen in Spanien und Italien zu lernen. Die weiteren Ereignisse in diesen Ländern werden durchaus davon abhängen, ob die Linksopposition die Wahrheit des alten Satzes begreift, daß nur mit dem Einsatz des Lebens das Leben gewonnen werden kann.

Neue Umtriebe der Habsburger.

SPD. Wien, 26. Januar. (Eig. Drahtber.)

Der ungarische Thronprätendent Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, hält sich unter falschem Paß in Wien auf. Die linksstehenden Kreise fordern seine Ausweisung. Albrecht unterhält mit den legitimistischen Kreisen, die seine Erhebung auf den Thron betreiben wollen, lebhafte Verbindung.

Verantwortlich: Für Politik u. Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer. Für Inserate: Carl Luickhardt.
Verleger: Carl Luickhardt. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Hilde Lichtwark

Tage einer entwurzelten Jugend.

Von Richard Lohmann.

Schluß. (Nachdruck verboten.)

Und doch — hier bleiben kann sie ja nicht, ohne daß alles das von selbst kommt, dem sie ausweichen will. Noch ein — zwei Monate — mit welcher Entrüstung wird Otto Flieth seinem Bruder berichten! Wie wird er sich moralisch tun!

Und wenn er gar erführe . . . Er hat sie ja oft genug vor Korl Hitt gewarnt. Vor dem Umgang mit ihm. Vor dem Mitsegeln. Wie würde er nun auf seinen Bruder loshämmern! Nie würde der Ja und Amen sagen.

Das eine Jahr . . .

„Was Recht, was Gesetz!“ hat Korl Hitt gemeint, „wir heiraten und damit ist's fertig. Und wenn sie uns keine Papiere darüber geben wollen — ist ein Papier mehr wert oder ein Menschenglück?“

Ob Ilse auch so sprechen wird? Möglich. Aber ob der Staat da nicht Mittel hat, das zu verhindern? Hilde kann sich gar keine rechte Vorstellung davon machen, was da alles geschehen könnte in dem einen, einen Jahr . . . .

„Raus aus dem Hotel — das ist das erste“ — Korl Hitt wollt's lieber heute als morgen. „Du gehörst da nicht hin. Der Flieth ist mein Feind und darum auch deiner.“

Wie gern sie das täte! Wirklich lieber heute als morgen! Aber das wäre dann doch die Entscheidung. Das wäre doch dann die Heirat ohne Einwilligung. Ohne Papiere.

Wie gut, daß Ilse nun kommt! Wenn sie's nur erst über die Lippen gebracht hätte. Dann wird's schon gehen. Dann werden sie sich in aller Ruhe — ein seltsames Wort! — beraten. Dann findet sich sicher ein Ausweg!

* * *

Du wirst jetzt wirklich zu leichtsinnig, Korl. Muß denn das sein? Du hast doch Fische genug. Was brauchst du die Enten noch?“

Um die paar Enten ist's nicht. Es ist um den Trotz. Um den Grundsatz. Die Enten sind seine. Wenn er will, kann er sie schießen. Das muß er zeigen. Sich selbst und dem andern. Was geht ihn das sogenannte Gesetz an, nach dem irgendwer diese Enten an einen zugereisten Hotelbesitzer verkauft hat! Das ist doch kein Recht, das ist doch Raub, das ist doch himmelschreiende Ungerechtigkeit — Korl Hitt meint, jeder müßt's einsehen. Er kann sich gar nicht denken, daß einer so was für Recht halten kann.

Die ganze Weltordnung verkörpert sich ihm bisweilen in dieser Jagdgerechtsame. So ungerecht wie die eine ist auch die andere. Raub und nichts als Raub. Und darum fühlt er sich nie freier, nie innerlich befriedeter, als wenn er dieses Unrecht durchbrechen darf. Wenn er schießen darf. Gerade hier am Deich, wo der Hotelbesitzer die Jagd gepachtet hat. Nein, gestohlen! Der Wilddieb! Man soll doch die Dinge nicht auf den Kopf stellen! Korl Hitt weiß, wer hier Dieb ist und wer Besitzer, rechtmäßiger Besitzer.

Da kann Hilde nicht gegenan. Sie fühlt's ja gerade so wie er. Und doch — Sorge um ihn, Angst um ihn, Angst um ihn . . .

Sie stehen am Deichknick. Hier in den Binnentümpel fallen die Enten ein, wenn sie von draußen her gezogen kommen. Es dämmert. Knapp tausend Meter weiter, den Sandweg entlang, liegt das Hotel. Korl Hitt schielt am Deich hinunter. Keine Menschenseele. In fließenden Umrissen verschwimmt der graue Bau gegen den grauen Deich. Seltsam, wie die Dämmerung hier hinter dem Deich alles in graue Schatten legt!

Hilde steht ein paar Dutzend Schritte rückwärts, gegen den Deich gedrückt.

Warten. Das klopfende Warten vor einer Ueberraschung, deren Kommen man weiß, ohne ihre Zeit zu kennen.

Da purrt's heran. Knatterndes Flügelgeknall. Ein Krach. Schräg segelt die Getroffene ins Schilf. Schreiend stiebt der Schwarm marscheinwärts . . .

Korl Hitt der Getroffenen nach —

„Halt!“

Auf dem Deich steht, aufgerichtet, ins Unheimliche verzerrt gegen den dämmernden Himmel, Otto Flieth.

Korl Hitt reißt's das Gesicht herum. Geduckt in Jagdfieber, Ueberraschung und Trotz.

Dem andern zuckt's in Arm und Gewehr —

„Der schießt, Korl!“ stürmt es mit fliegenden Armen heran.

Nun reißt Korl Hitt das Gewehr an die Backe — der andere ist schneller —

„Verdammt!“ sinkt er hintenüber. Stürzt auch Hilde mitten im Sprung zusammen — Schreck und Verzweiflung lassen nicht einmal Kraft zu dem kurzen Weg bis zu ihm . . .

* * *

Mitternacht ist vorüber, als Hilde erwacht. Zum ersten Male? Sie weiß es nicht. Ist sie wachend hier in das Haus gegangen? Sie springt aus dem Bette. . . . Das brennt ja rings um sie — da schlagen ja die Flammen aus allen Ritzen und Kanten . . . Sie hier? — sie? — in diesem Hause? . . . Nun brennt's — freilich brennt's . . . Sie schüttelt den Kopf — die Flammen sind weg — Leere gähnt — hallende Oede — man hört sich selber sprechen hier — schauerlich ist das — das schallt und schallt — als wenn ein anderer — und keiner, kein andere ist doch da — keiner, keiner mehr . . . Sie schreit — laut, scheint's ihr, schreit sie auf — hauchend verstiebt der Klang . . . Unheimlich hier — unheimlich dies Haus — was soll sie auch hier! — was will sie auch hier! — warum ist sie noch hier? Hilde, die Treulose, die Verräterin — — —

Hat sie nun keinen Liebsten mehr? Ach, nicht doch, der wartet ja auf sie — richtig — der ist ja drüben, weit, weit hinter der See — und hat geschrieben, sie soll nachkommen — nachkommen, wenn sie Mut hat. Und Hilde? Hilde fürchtet sich? Fürchtet sich vor der See?

Mantel um — das ist genug. Auf Zehen die Treppe hinunter. Da hinten die Hoftür ist immer offen, sie kennt's. Nun mit einem Satz über den Sandweg — nur nicht nach rechts sehen! — nicht nach rechts — da den Sandweg hinunter — da hinten — nicht hinsehen! — da hinten — da schwillt's rot, blutig rot in die schwarze Nacht hinein . . .

Hilde steht auf dem Deich. Mit einem Satz führt der Westwind sie an. Hallo! War's so gemeint? Brise jetzt über Nacht? Bei auslaufendem Wasser? Das gibt Sturm, wenn die Flut kommt . . . Der Mantel wollt sich im Winde — festhalten, sie hat nichts darunter . . . aber es eilt, der Liebste wartet ja . . . bald ist sie da —

Der Sturm? Angst? Angst kennt Hilde nicht. Nicht, wenn Korl Hitt sie ruft. Nicht, wenn Korl Hitt ihr zutraut zu kommen.

Da liegt sein Boot. Segel hoch! Das knattert und knallt, als wenn's wirklich schon Sturm wär'. Ach was, Sturm? 'n beten Bris!

Nun stampft das Boot hinaus. Immer geradeaus — dort den blinkenden Streif entlang, der ins freie Wasser führt. O, sie kennt ihn so genau, diesen blinkenden Streif! Da drüben, da ganz hinten — sie steht und starrt . . .

Ein wildes, schreiendes Lachen. Auf einmal überkommt es sie — erinnert sie sich — weiß sie es: Hilde Lichtwark fährt zu ihrem Hochzeitstag.

Haha! Was sie sich alles für Gedanken gemacht hatte! Beichten — Erlaubnis — Widerstände — alles überwunden — auf einmal weg — nicht mehr da: Hilde Lichtwark fährt zu ihrem Hochzeitstag.

Komm an nun, du Sturm — versteckt da noch hinter der blauschwarz steigenden Wand — komm an nun, du Flut — zum Sprung geduckt da noch unter der Kimm — kommt an — kommt an, Ohnmächtige ihr: Hilde Lichtwark fährt zu ihrem Hochzeitstag!

Preisausschreiben

zur Erlangung eines

Werbeplakates

für den Lübecker Hafenverkehr

Zur Erlangung eines wirkungsvollen Plakates für den Schiffahrsverkehr des Lübecker Hafens wird hiermit unter den Künstlern deutscher Nationalität ein öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben.

Das Plakat soll in besonders eindringlicher Weise auf die Vorzüge des Seehafens Lübeck als günstiger Umschlagplatz für Güter nach und von den nordischen Ländern (Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden, Rußland und den baltischen Randstaaten) hinweisen.

Es soll in farbiger Ausführung mit knappem Text so hergestellt werden, daß der Text je nach Bedarf in deutscher oder einer der nordischen Sprachen gedruckt werden kann. Die Fassung des Textes bleibt dem Bewerber vorbehalten und ist neben der künstlerischen und werbetechnischen Wirkung des Plakates für dessen Beurteilung mit maßgebend.

Die Entwürfe sind in Originalgröße, d. h. im Format von rund 65:100 cm einzureichen. Preisgekrönte oder angekaufte Entwürfe gehen in das volle Eigentumsrecht des Ausschusses für staatliche Verkehrswerbung in Lübeck über, dem dann auch das alleinige Reproduktionsrecht zusteht.

Termin der Einsendung: **10. März 1925.**

Die Entwürfe sind mit einem Kennwort zu versehen; ein verschlossener, mit gleichem Kennwort versehener Briefumschlag soll den Namen des Verfassers erhalten. Einsendung an das

Staatliche Nachrichtenamt, Lübeck,
Kanzleigebäude, Aufgang I.

Nicht preisgekrönte oder zum Ankauf empfohlene Entwürfe können vom 1. April bis zum 1. Mai zurückgefordert werden. Bis zum 1. Mai nicht zurückgeforderte Entwürfe werden den Einsendern nach Oeffnung der Briefumschläge wieder zugestellt.

Die Preise sind ausgesetzt:

ein **1. Preis** . . Mk. **1000.-**
ein **2.** „ . . „ **500.-**
ein **3.** „ . . „ **300.-**

Weitere Entwürfe können zum Preise von je 100 Mk. angekauft werden.

Das Preisgericht behält sich, falls das Ergebnis des Wettbewerbes dies rechtfertigen sollte, eine anderweitige Festsetzung der Preise innerhalb der Gesamtsumme von 1800 Mk. vor.

Das Preisgericht haben übernommen die Herren:

1. **Julius Appel**, Mitglied der Handelskammer
2. **L. Bole**, Präses der Handelskammer
3. **Dr. Rud. Grosse**, Staatsrat
4. **Dr. Carl Georg Heise** Museumsdirektor
5. Wasserbaudirektor **L. Leichtweiß**
6. Professor Dipl.-Ing. **H. Mahn**, Leiter des staatlichen Nachrichtenamts
7. **Dr. H. Ott**, Generaldirektor der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft
8. **Dr. E. Timm**, Sekretär der Nordischen Gesellschaft

Anfragen über den Wettbewerb sind an das unterzeichnete Amt zu richten.

Lübeck, Januar 1925. (1338

Das Nachrichtenamt der freien und Hansestadt Lübeck
gez.: **Mahn**

Vom Tode errettet....

Lungenleidende! So urteilen Leidensgefährten:

Ich habe jetzt schon von Ihnen die sechste Flasche bezogen und ich muß sagen, der **Nymphosan-Sirup hat mich noch vom Tode errettet.** Erst war ich 10 Wochen im Krankenhause, da hatte ich hohes Fieber und sehr viel Auswurf; auch war ich so schwach, daß ich nicht mehr gehen konnte. Dann ging ich nach Oberstdorf und da hörte ich von einem Herrn E. von Ihrem **Nymphosan-Sirup.** Sofort bestellte ich diesen. Ich habe 14 Pfund zugenommen, kein Fieber mehr und Auswurf hat auch sehr nachgelassen und spreche Ihnen meinen herzlichen Dank aus.
G. B. in O.

So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben.

Bestand: Myr. cps. 3%, Na. benz. 0,1%, Na. br. 2%, Ferr. pept. oxyd, liqu. aa 5%, Extr. Malt. 24%, Sacch. 16% f. emuls.

Preis pro Flasche Mk. 3.-

Depot: **Adler-Apotheke,** Alleinhersteller: **Nymphosan-A.-G., München 38.** (1318

Achtung billig!

Pelzfellzurichterei

Alle Felle werden zugerichtet (gegerbt), Pelzsachen angefertigt, alte, verblichene Lederhüte neu gefärbt. Werkstelle: **Paulstraße 18,** Eingang Schlosserei u. Fahrrad-Reparatur. Wohnung: Burgfeld-Baracke 29/60 (1340)

Tafelkümmel
Flasche **1.75**
Monopol-Aquavit
Flasche **2.15** u. **2.40**
Buntekuh-Kümmel
Flasche **2.10** M
Krumm.-Kümmel
Flasche **2.30** M.
Jamaika-Rum-Verschn.
Fl. **2.25, 2.50** u. **3.00**
Weinbrand-Verschnitt
Fl. **2.25, 2.50** u. **3.00**
Erstklassige Liköre
in großer Auswahl
Rotweine
Flasche **1.30** u. **1.90**
mit Steuer und Glas
Eduard Speck
Hüxstr. 80/84 (1 93

Uhren-Höhner, 5hausen 13. Reparaturen gut u. billig. 1829

Verkaufen Sie Ihre
Felle
an das Pelzhaus
Friedrich Zimmermann
Königstraße 24
Ecke Pfaffenstraße
Ich zahle hohe Preise, da ich Selbstverbraucher bin (1327

Geschmackvolle
Trauer-Kränze
werden zu billig. Preisen angefertigt 872
Travelmannstr. 25 II. l

Felle
und **Haare**
kauft höchstzahlend
J. L. Würzburg
Wahmstr. 22a F. 753
Annahme von Fellen zum Gerben (1324

Gegen d. Alkohol!

Veröffentlichungen d. Arbeiter-Abstinenten-Bundes:

Wider den Trunk
Stimmen der Dichter
Preis 40 Pf.
Karl Marx und wir Arbeiter-Abstinenten
Preis 10 Pf.
Alkohol und Krankheit
Preis 5 Pf.
Jugend und Alkohol
von Victor Adler
Preis 5 Pf.
Zur Alkoholfrage
Preis 10 Pf.
Arbeiterversicherung u. Alkoholismus
Preis 10 Pf.
Alkohol, Strafrecht und Strafreform
Von Rechtsanwalt Dr. Siegfr. Weinberg
Preis 10 Pf.

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46.

Fritz Reuters
Ausgewählte Werke
3 Bände Ganzleinen
11.25 Mk.
Buchhandlung
„Lüb. Volksbote"
Johannisstr. 46

FÜR TANZ-UND GESELLSCHAFTS-KLEIDER

Voll-Voile	in guten Qualitäten, weiß, 112 bis 115 cm breit ..... Meter	**1.95**
Voll-Voile	bedruckt, in aparten Dessins, 100 und 115 cm breit ..... Meter	**2.95**
Voll-Voile	mit gestickter Bordüre, weiß, 112 bis 115 cm breit ..... Meter	**6.95**
Wasch-Seide	in guter Qualität und modernen Farben ..... Meter	**3.20**
Eolienne	Wolle mit Seide, in vielen Farben, 100 cm breit ..... Meter	**6.90**
Crêpe de Chine	gute Kleiderware, entzückende Farben, 100 cm breit ..... Meter	**7.90**
Satin riche	glänzendes Gewebe, schwarz und neue Farben ..... Meter	**9.80**
Kleider-Japon	mille fleurs, für Tanzstundenkleider, 90 cm breit ..... Meter	**10.80**
Crêpe-Satin	hervorragende Qualität, 100 cm breit Meter	**18.50**
Velour-Chiffon	großes Farbensortiment, 100 cm breit ..... Meter	**18.50**

Karstadt

Liebknechts
Volksfremdwörterbuch
Gebunden Mk. 8.—
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"

Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf!

Ein Posten starke Schuhwaren:

Starke Schaftstiefel	**14.75**	**16.50**
do. Arbeitsstiefel	**7.75**	**9.25**
do. Sportstiefel	**14.50**	**16.50**
do. Ledergamaschen . . .		**9.25**
Eleg. Herrenstiefel	**8.75**	**9.25/11.25**
do. Damenhalbschuhe	**7.50**	**9.25**

1 Posten Kinderstiefel, alle Größen Filz-, Leder- und Holzpantoffel usw.

1 Posten elegante Herrenanzüge 1042) **30.— 35.— 43.—**
Starke Arbeits-, Pilot-, Bukskin-Hosen. Loden-, Manch.-Joppen
Manchester-Hosen . **10.30 11.50**
Gummimäntel . . . **19.50 21.50**
Elegante moderne Herrenpaletots **39.— 49.— 50.—**
Elegante Schlüpfer . **35.— 45.—**
Berufskleidung, Hüte, Mützen

Mod. elegante Damenmäntel, Röcke, Blusen, Kleider, reizende Neuheiten, schicke Fassons, moderne Damenkonfektion, Strickjacken (1362

Ehlers & Keetwisch
Holstenstr. 1 **St. Petri 2–4**
Leinen-Aussteuer-Betten

Gewerkschaftliche Jugendbücherei

Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter
Von Alexander Knoll
Preis 2 Mark
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"
Johannisstraße 46

Heilpraxis W. Gelfius
ab 1. Febr. 1925: Lübeck, Holstenstr. 21, II
Sprechzeit: 1851
Wochentags (außer Montags) von 9 bis 12 und 2 bis 5 Uhr
in Ratzeburg. Große Kreuzstraße 22:
Montags von 9 bis 12 und 1 bis 5 Uhr.

Wandkalender

in geschmackvoller Ausführung
Stück 20 Pfg.
Buchhandlung „Lübecker Volksbote"

Lübecker Volksbote

Beilage — Mittwoch, 28. Januar 1925 — Nummer 23

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 28. Januar.

Daß ich hoch im Lichte gehe,
Müssen tausend Füße bluten,
Tausend küssen ihre Ruten,
Tausend fluchen ihrem Wehe.

Müssen tausend Hände weben
Tief im Dunkel Himmelsgaben,
Tief in Schmutz und Nacht vergraben,
Tausend ihrem Gott vergeben.

Wilhelm Weigand.

Wird's Winter? Frohgemute Menschenkinder, die glaubten, einmal einen Kalenderwinter überspringen zu können, wurden gestern enttäuscht. Es schneite wirklich, und wer in die Luft schnupperte, merkte tatsächlich winterliche Kälte. Viel war es ja nicht, was Madame Holle auszuschütteln hatte, aber doch so viel, um die 4—7jährigen in Aufregung zu versetzen. Sie hatten den Hockerschlitten schon vergessen. Fix wurde das Gerümpel im Keller durcheinandergeworfen und das wunderbare Spielzeug auf die Straße geschleppt. Bis diese schwere Arbeit bewältigt war, lag die weiße Decke richtig schon 1½ Zentimeter dick. Und da der Boden etwas gefroren war, dauerte es nicht lange, bis Maze und Gusti auf dem Bauche lagen und mit den Füßen ihren Schlitten weiterstrampelten. Ein 50-Zentimeter-Hügel bildete schon einen Punkt zu prächtiger Talfahrt. Die keine Schlitten ihr eigen nennen, machten sich in Null Komma fünf eine Schleifterbahn zurecht und holten sich auf diese Weise rote Backen und dünne Schuhsohlen. Diese harmlosen Vergnügen — für den, der unbewußt über einen solch glattgeschliffenen Eisstreifen rutscht, manchmal weniger lustig — konnten sich aber nur die draußen vor den Toren gönnen. Im Stadtinnern zermanschten die Fußgänger die Flocken zu dem bekannten schlüpfrigen Brei. Schwacher Schneefall ist übrigens fast in ganz Norddeutschland zu verzeichnen. In Südbaden dagegen fiel er in größeren Mengen, so daß der Wintersport richtig beginnen kann.

Das volkstümliche Konzert im Gewerkschaftshaus am Freitag, dem 30. Januar, abends 7½ Uhr, bringt ein sorgfältig ausgewähltes Programm. Der erste Teil enthält nur Werke von Beethoven: Ouvertüre zu Coriolan, Romanze für Violine mit Orchester, vorgetragen von Konzertmeister Kundrat, und das wunderbare Allegretto aus der 7. Sinfonie, deren Finale mit seinem dithyrambischen Jubel den Teil beschließt. Richard Wagner beherrscht den zweiten Teil mit der Ouvertüre zu Rienzi, der zarten Tristanstudie „Träume" und Wotans Abschied und Feuerzauber a. d. Walküre. Die so überaus gern gehörte Ouvertüre zu Mignon eröffnet den letzten, leichter gehaltenen Teil. Herr Generalmusikdirektor Mannstaedt hat in freundlicher Weise die musikalische Leitung des Konzerts übernommen.

Oeffentliche Trinkerfürsorgestelle. Die Trinkerfürsorgestelle hat im Jahre 1924 22 Fälle, darunter 14 neue, bearbeitet. In ihrer Sprechstunde wurde gerade 100mal um Rat gefragt. Der neue Fürsorger, Herr Friehold, Dorothenstraße 7, machte seit Anfang November 84 Hausbesuche. — Entmündigt wurden 4 Trunksüchtige, in eine Heilanstalt kamen 3, 3 weitere traten dem Guttemplerorden bei. 11 der neu gemeldeten Trinker waren verheiratet. 5 waren gelernte Arbeiter, 3 Beamte und kaufmännische Angestellte und je 2 Intellektuelle, Handwerksmeister und Gelegenheitsarbeiter. Leider machten wieder einige Trinkerfrauen durch ihre Unvernunft alle Bemühungen der Fürsorgestelle zunichte.

Zeitungsmarder. In der letzten Zeit sind uns wiederholt Klagen überbracht worden, daß der Lübecker Volksbote vom Hausflur gestohlen wurde. Wir bitten unsere Abonnenten, denen die Zeitung weggekommen ist, möglichst die Zeit abzupassen, zu der die Austrägerin erscheint. Da der Lübecker Volksbote pünktlich zur festgesetzten Zeit gedruckt wird, kann die Zeitung auch pünktlich ausgetragen werden. Wenn beim Betreffen eine tüchtige Abfuhr der Marder nicht hilft, dann müssen eben andere Mittel angewandt werden.

Nicht identisch ist der Kriegsbeschädigte Heinrich Bödeker, Chasotstraße 10, mit dem in dem Gerichtsbericht am Sonnabend genannten Frontringmann Bödeker.

Der Kettenbrief. Die Kettenbriefe, die vor einiger Zeit so sehr in Mode waren, tauchen wieder auf. Vielleicht sind sie jetzt das 24. Mal um die Erde gegangen. Seit etlichen Tagen bekomme ich regelmäßig diese Briefe zugeschickt. Immer ist die Briefkette von einem amerikanischen Offizier angefangen und darf nicht unterbrochen werden. Sonst kommt das Glück nicht usw. Jeder Kettenbrief fängt mit einem Bibelspruch an mit Ausnahme eines einzigen. Und dieser eine ist auch der einzige, den ich abgeschrieben und an Bekannte abgeschickt habe, von denen ich weiß, daß sie an die glückbringende Kraft der Kettenbriefe glauben. Dieser Brief lautet wie folgt:

Kettenbrief für Glück.
„Warte, warte noch ein Weilchen,
bald auch kommt das Glück zu dir!"

Dieses Gebet stammt aus Hinterpommern, da wo der Demantberg liegt, an dem alle hundert Jahre ein Vöglein seinen Schnabel wetzt. Es ist für alle Pechvögel als Trostmittel bestimmt.

Wenn Sie auf das Glück warten wollen, warten Sie bis Pflaumenpfingsten. Vielleicht kommt's dann. Bis dahin müssen Sie alle Tage neunmal diese Zeilen abschreiben und an gute Bekannte senden, sonst hilft alles Warten nichts. Jedesmal, wenn Sie diese Zeilen abgeschrieben haben, müssen Sie gen Hinterpommern blicken, die Hände beschwörend gen Himmel strecken und beten:

„Salem aleikum, vielleicht geht's doch krumm!"

Wenn Sie dieses alles getan und bis dahin noch keinen krummen Finger vom Kettenbriefschreiben bekommen haben, werden Sie ein selten glücklicher Mensch sein.

Diese Kette ist von einem hellen Berliner, der der Post viel Verdienst wünscht, angefangen worden und darf nicht unterbrochen werden. Der Brief soll 60millionenmal durch das deutsche Reich gehen, auf daß alle Deutschen von Kettenbriefschreiben verrückt werden. — Viel Glück! B.

Versammlung der Asba.

Die „Asba" (Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Beamten und Angestellten) hielt am Freitag, dem 23. d. M. im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. An Stelle des verhinderten Genossen Dr. Leber hielt Genosse Weiß das Referat über die von der SPD. eingebrachten Beamtenanträge und die politische Lage.

Genosse Weiß verstand es, durch seine Ausführungen die Versammlung bis zum letzten Augenblick zu interessieren. Er charakterisierte die jetzigen Leute in der Regierung und von diesen besonders Luther, von Schlieben und Neuhaus, die für sich schon ein Programm sind und von denen die Beamtenschaft nichts zu erwarten habe. Diese Regierung würde sicherlich gegen die Aufhebung des Besoldungssperrgesetzes sein, einer von der Beamtenschaft schon lange erhobenen Forderung. Die von unserer Partei eingebrachten Anträge, betr. ausreichende Bemessung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten und Neuregelung der Ortszuschläge und des Wohnungsgeldes, werden bei der jetzigen Zusammensetzung sicherlich nicht im von uns gewünschten Sinne erledigt werden. Im Laufe seiner Ausführungen streifte Genosse Weiß noch besonders den neuen Reichsfinanzminister von Schlieben. Er erinnerte an das Verhalten dieses Herrn gegenüber den Beamtenspitzenorganisationen anläßlich der letzten Besoldungsneuregelungen. Die gesamte mittlere und untere Beamtenschaft ist sich auch vollkommen darüber klar, welch einen „wohlwollenden" neuen Reichsfinanzminister sie in der Person dieses Herrn Schlieben erhalten hat. Hoffentlich kommen die Kollegen, die diesen Leuten auch heute noch die Stange halten, recht bald zur Einkehr.

Nachdem der Referent noch eingehend die sonst eingebrachten Beamtenanträge besprochen hatte (besonders den Personalabbau) ging er auf die augenblickliche Lage ein, die sowohl politisch wie auch wirtschaftlich genommen, außerordentlich trübe sei. Wir können nur wieder zu besseren Verhältnissen kommen, wenn wir alle von dem Willen beseelt sind, dem Volke zu dienen und den für ein armes Deutschland in Frage kommenden Forderungen Rechnung zu tragen. Von diesem Gesichtspunkte aus sei u. a. auch die Wiedereinführung der Vierteljahrsgehälter zu betrachten. Genosse Weiß schloß mit den Worten, daß die der Sozialdemokratie bevorstehenden Aufgaben mit zu den größten gehören, seit die Partei besteht. Er forderte die organische Zusammenfassung aller derer, die in Lohn und Brot stehen; diese Erkenntnis muß kommen!

An der folgenden Aussprache beteiligten sich die Genossen Göhr, Puls und Heidmann. Besonders interessierten die Ausführungen des Genossen Heidmann, der sich mit beredten Worten für unsere Forderungen einsetzte.

Nachstehende vom Genossen Frost verlesene Entschließung wurde einstimmig genehmigt:

„Die Versammlung der sozialdemokratischen Beamten und Angestellten am 23. Januar 1925 stellt mit Genugtuung fest, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der Besoldungs-, Ortsklassen- und Personalabbaufrage positive Anträge im neuen Reichstag gestellt hat. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Reichstagsfraktion sich aktiv dafür einsetzt. Sie versichert deshalb, daß sie fest hinter der Reichstagsfraktion steht und gewillt ist, in jeder Hinsicht den Kampf aufzunehmen. Ebenso ist die Versammlung gewillt, trotz der Rechtsregierung die Republik und deren Verfassung mit allen Mitteln zu schützen."

Genosse Frost forderte alle Anwesenden auf, das Mitteilungsblatt der Beamtenzentrale der SPD., „Der freie Beamte", das am Postschalter oder beim Briefträger zu bestellen ist, zu beziehen. Dieses Blatt muß in die Hände eines jeden parteigenössischen Beamten und Angestellten kommen.

Zum Schluß gab Gen. Frost seiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck, daß an der Versammlung sehr viele Frauen teilgenommen haben. Er sprach die Hoffnung aus, daß diese in Zukunft noch zahlreicher erscheinen würden. W....l.

Der Verband der Maschinisten und Heizer

hielt am 21. und 24. Januar eine Konferenz seiner Angestellten des Bezirkes Nordwest-Deutschland in Kiel ab. Der Zentralvorsitzende, Kollege Klebe-Berlin, konnte in seinem einleitenden Referat feststellen, daß die durch die Inflation hervorgerufene wirtschaftliche Krise ihre Schärfe verloren und der Verband ihre Auswirkung vollständig überstanden habe. Die Organisation stehe auch finanziell wieder auf gesundem Boden. Zu der gegenwärtig in den Gewerkschaften geführten Diskussion über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften vertrat die Konferenz die Auffassung, daß die Gründung einer auf die Gewerkschaften gestützten Arbeiterpartei abzulehnen sei. Dafür sei es aber notwendig, daß den Gewerkschaften ein größerer Einfluß sowohl innerhalb der Partei als auf die politischen Geschehnisse eingeräumt werden müsse. Die Zeit sei vorbei, wo die Gewerkschaften als Rekrutenschulen der Partei betrachtet wurden. Die Aufgaben der politischen Parlamente bewege sich heute weit mehr auf praktisch-wirtschaftlichen Gebieten als zu irgend einer Zeit. Da sei es eine Ignorierung der Verhältnisse, die wirtschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiterschaft in die Rolle eines stummen Mitwirkenden zu drängen, oder ihnen nur den halbtoten Reichswirtschaftsrat als Betätigungsfeld zu überlassen. — Die Konferenz nahm im übrigen einen harmonischen Verlauf. Es kam allgemein der Wille zum Ausdruck, wie bisher zum Wohle der Berufskollegen tätig zu sein.

Auswanderer-Elend.

Die Uebervölkerung Deutschlands und viele Erwerbslose drängen auf Auswanderung hin, aber die Behörden haben bisher dieser bald nach dem Kriegsende einsetzenden Bewegung wenig freundlich gegenübergestanden, und man hat das jetzt aufgehobene „Reichswanderungsamt" die „Auswanderer-Abraiungsstelle" oder das „Amt der verlorenen Worte" genannt. Dabei gilt die Auswanderungsfrage für eine der brennendsten in unserer Wirtschaft und Politik. Von der Notwendigkeit der Auswanderung und ihrer richtigen Organisierung geht der Sachverständige O. Preusse-Sperber in seinem bei der Dietrichschen Verlagsbuchhandlung erscheinenden Buch „Deutschlands Auswanderungsfrage" aus. Er betont dabei besonders, wie groß das deutsche Auswanderer-Elend unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist. Die weitaus größte Mehrzahl aller Auswanderer, die in Not und Elend geraten, tragen aber an ihrem Unglück selbst die Hauptschuld. „Jeder Auswanderer", schreibt der Verfasser, „muß sich vorher selbst genau prüfen, ob er körperlich, geistig und vor allem auch seelisch zur Auswanderung geeignet ist. Ferner muß sich jeder zur Auswanderung Entschlossene darüber klar sein, daß Auswandern gleichbedeutend mit Entbehren und Entsagen bei härtester Arbeit in den ersten Jahren ist. Dies Entbehren und Entsagen liegt zumeist weniger auf rein materiellem als auf seelischem Gebiet. In fremdsprachiger Umgebung, unter unbekannten Sitten und Gewohnheiten, unter Ver-

---

Hohenzollern als Landesverräter.

Von Dr. Gerth.

Die jetzt so zahlreichen Landesverratsverfahren verfolgen wie ihre Vorgängerinnen, die Majestätsbeleidigungen unseligen Angedenkens, offenkundig politische Zwecke. Linksorientierte Politiker, denen im offenen Kampfe nicht beizukommen ist, sollen durch entsprechende Auslegung des Strafgesetzbuches auch politisch zu Fall gebracht werden. Bei rechtsstehenden Deutschen jedoch, die oft sich und ihre Söhne vor dem Heldentod zu schützen wußten, die Getreide nicht ablieferten oder ihr Feld überhaupt nicht bestellten, wird dennoch niemand landesverräterische Gedanken vermuten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß all diese Verfahren deutschnationalen Interessen entspringen. Aber gerade diese Partei sollte bei ihrer monarchistischen Einstellung vorsichtig mit dem Vorwurf des Landesverrates sein. Denn, wer hat in der langen deutschen Geschichte mehr und krasser Landesverrat getrieben als deutsche Fürsten? Es ist eins der traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte, wie deutsche Fürsten ihre separatistischen Bestrebungen und ihre Hausmachtinteressen selbst mit dem Landesfeind auf Kosten des Reiches zu verwirklichen suchten! Wieviel könnte darüber geschrieben werden! Hier seien jedoch nur zwei Fälle herausgegriffen, die die Hohenzollern betreffen.

Im Anfang des Jahres 1552 war es, als der bekannte Reichswehrhauptmann Sebastian Schärtlin unter großen Vorsichtsmaßnahmen am französischen Hofe einen „Paul von Biberach" einzuführen suchte. Nach langen Verhandlungen war es ihm gelungen. Schärtlin und Paul von Biberach sollten sich dem französischen König vorstellen. Als der tapfere Sebastian in den Vorzimmern des französischen Königs Heinrichs II. erschien, verbeugten sich die Hofleute tief vor ihm. „Paul von Biberach" aber kam hinter Sebastian gleich wie ein Untergebener. Wer mochte Paul von Biberach sein? So ging es durch die Reihe der Hofschranzen. Niemand kannte ihn. Nur der französische König wußte um das Inkognito seines hohen Gastes, ging ihm entgegen und begrüßte den „teuren Vetter", den Hohenzoller Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Culmbach. Ein Inkognito hatte er gewählt, um den hochverräterischen Plan, Frankreich zum Kampf an der Seite deutscher Fürsten gegen den deutschen Kaiser Karl V. zu gewinnen, besser zur Ausführung zu bringen. Mit Moritz von Sachsen hatte er diesen Plan gefaßt. Beide deutsche Fürsten waren nicht daror zurückgeschreckt, die Hilfe und das Geld Frankreichs in Anspruch zu nehmen. Lange Zeit gingen die Verhandlungen zwischen dem französischen König und dem Hohenzoller hin und her. Bald in Bleis, bald in Orleans, bald in Paris. Meistens wurde nachts verhandelt. Albrecht stellte dem König von Frankreich vor, „wie eng verknüpft die Aufrechterhaltung der deutschen Freiheit mit den Interessen und der Sicherheit Frankreichs sei." Bei den Verhandlungen rühmte sich der französische König, daß seine „Vorfahren den Deutschen viel Liebes und Gutes getan hätten." Endlich war ein Vertrag zwischen dem Landesverräter und dem Landesfeind vereinbart. Heinrich II. unterzeichnete ihn auf dem Jagdschloß Chamberd bei Bleis. Und Markgraf Albrecht beschwor ihn am 2. Februar 1552. So wurde eine der schlimmsten Hochverrätereien in der deutschen Geschichte vereinbart. Deutsches Land: Metz, Toul und Verdun mit ihrer Umgebung, wurde um fürstlicher Privatinteressen willen verschachert; sie sollten den Kaufpreis darstellen für die Hilfe in einem Kampfe, den der französische König führen sollte, „als Retter der deutschen Freiheit, nicht seines eigenen Vorteils wegen, sondern lediglich um der Dankbarkeit der Deutschen und des eigenen Nachruhms willen."

Doch in diesem Kriege und danach zeigt Albrecht sich von seiner schlimmsten Seite. Sein anfänglicher Kampfgenosse Moritz von Sachsen war nach unblutigem Kampfe bald von Albrecht abgefallen und einen Vergleich mit dem Kaiser eingegangen. Nur der Markgraf, der von Schulden bedrängt, im Kriege sein Glück zu machen gehofft hatte, wollte dieser Vereinbarung nicht beitreten. So zog er denn mit Tausenden von Kampf-, Mord- und Raubgenossen durch die Gaue des Mains. Er plünderte und brandschatzte die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, besonders aber die „Pfeffersäcke". Er wollte ihnen „weidlich ins Maul greifen". Die Roheiten Albrechts übertrafen die, die im Bauernkriege deutsche Fürsten begingen.

Der „teure Vetter Albrecht" wird wegen seiner Vertragstreue von Heinrich II. gelobt: „So sollet Ihr Albrecht in guter Treue sagen, trug er dem Bischof von Bayenne auf, daß wir seine Standhaftigkeit, seine herrlichen tapferen Taten vor allem hochhalten und preisen, ihm dagegen auch unsere ewige Freundschaft und geneigten Willen verheißen, uns erbietend, solches jederzeit mit Gnade und Freundschaft zu erkennen." Die deutschen Städte hatte Albrecht auf seinen Raubzügen sogar dem französischen König huldigen lassen, um zu zeigen, daß „die deutsche Treue und Anhänglichkeit noch nicht ausgestorben sei." Als Albrecht sich an der Spitze seiner Mordhaufen nicht mehr in Deutschland halten konnte, flüchtete er nach Frankreich.

Die Reformation begann politisch eine Zeit der Loslösung vom Reiche einzuleiten, der dreißigjährige Krieg vollendete diese Entwicklung. Die Schweiz und die Niederlande lösten sich los, das Elsaß kam zu Frankreich. Richelieus Werk gedachte Ludwig XIV. zu vollenden und das französische Gebiet mitten im Frieden durch Reunionen zu erweitern, wenn seine Armeen einer Atempause bedurften. Gegen diese Eroberungssucht Ludwig XIV. hatte jahrelang auch Friedrich Wilhelm der „Große Kurfürst" gekämpft. Er änderte jedoch seine Politik, und schlug einen franzosenfreundlichen Kurs ein, als er im Frieden von 1679 glaubte, vom deutschen Kaiser hintergangen zu sein.. Von da an treibt er offenen Landesverrat, der Mann, der im Kampf gegen Ludwig XIV. noch das Wort geprägt hatte: „Bedenke, daß Du ein Deutscher bist!", der bei der Unterzeichnung des Friedens sich einen Rächer aus seinen Gebeinen gewünscht hatte und diesen Rächer dann ausgerechnet in dem französischen Sonnenkönig gefunden zu haben glaubte. Es begannen die Zeiten eines mit französischem Gelde erkauften Schatz- und Trutzbündnisses zwischen Preußen und Frankreich gegen das deutsche Reich. Dieser Hochverrat brachte dem Hohenzoller viel französisches Geld ein. Daher hielt er an ihm fest, trotz der Mißstimmung im Reiche darüber. Der französische Gesandte am Berliner Hofe arbeitete mit Geld und Geschenken. Vom Kammerdiener Kornmesser und der Zofe, dem adligen Fräulein Wangenheim, bis hinauf zum Generalfeldmarschall Grumbkow und der Kurfürstin Dorothea und sogar bis zum Kurfürsten selbst war alles empfänglich für das französische Geld. So erhielt der Kornmesser, der erste Kammerdiener des Kurfürsten, 2000 Livres, Fräulein Wangenheim, Ehrendame und Vertraute der Kurfürstin, 4000 Livres, Generalfeldmarschall und Minister Grumbkow 6000 Livres. Des Kurfürsten Sohn aus der Ehe mit Dorothea, Markgraf Philipp, ein Pferd, der Thronfolger und seine Geschwister „verschiedene Geschenke". Die vier Jahre in Berlin, 1680 bis 1684, kosteten Rebonac, dem französischen Gesandten, insgesamt 160 000 Livres für Geschenke. Die Kurfürstin bekam im März 1680 zwei Ohrgehänge und ein Geschmeide in Form einer Rose, mit Diamanten besetzt. Wert 60 000 Taler. Dorothea dankt überschwänglich und verspricht die „vollkommene Freundschaft" zwischen dem Könige und ihrem Gemahl für immer zu pflegen. Das waren die Geschenke, die neben den vertragsmäßigen französischen Geldspenden hergingen; diese selbst betrugen mehrere 100 000 Livres, Ludwig wußte, wofür er sein Gold hergab. Und Straßburg wußte, was ihm bevorstand. Am 30. September 1681: Einzug der französischen Truppen. Die freie Reichsstadt hat aufgehört zu sein. Am 9. Oktober trifft die Nachricht in Berlin ein. Der französische Gesandte wagt den Kurfürsten nicht sofort zu sprechen; erst am 12. oder 13. Oktober wird er „etwas ernster als gewöhnlich" empfangen. Der Kurfürst spricht anfangs vom Bruch des Westfälischen Friedens, stimmt dann den Gründen zu, die Rebenac vorbringt, um schließlich „mit so guter und heiterer Laune wie noch nie" und unter Beteuerungen seiner unauslöschlichen Freundschaft ihn zu entlassen. Auch öffentlich ehrt er Frankreichs Gesandten durch einen Degen mit Diamanten. Als man dem französischen Gesandten drohte, ihn wegen Straßburg mit Steinen zu bewerfen, konnte er triumphirend ausrufen, daß bereits der Kurfürst ihn mit Steinen bew

zicht auf vieles, was ihm in der Heimat als selbstverständlich galt, überfällt manch einen die Sehnsucht nach der alten Heimat. Wehe demjenigen, der dieser Regung nicht Herr werden kann. Er fühlt sich dauernd unbefriedigt und wird nur in den seltensten Fällen vorwärts kommen. Jeder muß sich ferner klar werden, daß er anfänglich, solange er die Landessprache nicht beherrscht und mit den Eigenarten des Landes nicht vertraut ist, nur einen halben Menschen darstellt. Er muß sich als Lehrling auf allen Gebieten betrachten und stets vor Augen halten, daß Lehrjahre schlechterdings keine Herrenjahre sein können. Die weitaus größte Mehrzahl der deutschen Auswanderer geht leider immer noch mit völlig falschen Vorstellungen und Begriffen ins Ausland. Daß solche Leute dann draußen die herbsten Enttäuschungen erleben, ist selbstverständlich.

Verschickt kein Geld in gewöhnlichen Briefen. Die Gewohnheit des Publikums, Geld und geldwerte Gegenstände in gewöhnlichen Briefen mit der Post zu versenden, ist tief eingewurzelt. Sie beruht auf dem Vertrauen der Oeffentlichkeit zur Post und auf der Erfahrung, daß gewöhnliche Briefe nur selten verloren gehen. Die Deutsche Reichspost hat nichts gescheut, um die in den letzten Jahren hervorgetretene Unsicherheit des Beförderungswesens zu bekämpfen. Auch das Publikum muß an der Gesundung mithelfen. Dazu bedarf es, daß es endlich mit der Gewohnheit bricht, Geldscheine in gewöhnlichen Briefen zu verschicken. Aus dem Verlust gewöhnlicher Briefe mit Geld erwächst den Absendern und den Empfängern ein großer Schaden. Der Absender bekommt das Geld nicht ersetzt, denn die Post ist für den Verlust oder die Beschädigung gewöhnlicher Briefe nicht ersatzpflichtig. Sie kann schon aus dem einfachen Grunde nicht haften, weil sich ein Nachweis über gewöhnliche Briefe während der Beförderung nicht führen läßt. Jeder Verlustfall sollte gemeldet werden, damit sich nicht unehrliche Personen vollends in Sicherheit wiegen. Man sollte grundsätzlich davon absehen, Geld in gewöhnlichen Briefen zu versenden, weil charakterschwache Personen in Versuchung geführt werden. Aber auch die Versendung von Geld in Einschreibbriefen ist nicht unbedingt sicher. Geht ein derartiger Brief verloren, so erhält der Absender 30 Mark Ersatz. Die Erhöhung der Entschädigung auf 40 Mark steht bevor. Wird aber ein Einschreibbrief um seinen Geldinhalt beraubt, so ist die Post nicht ersatzpflichtig, denn nach § 10 des Postgesetzes besteht die Haftung nur für den Verlust, nicht aber für die Beschädigung eines Einschreibbriefes. Die einzig richtige Art, Geld zu verschicken, ist die mit Postanweisung oder Zahlkarte. Die Stammeinlage für ein Postscheckkonto beträgt nur 5 Mark. Er hat alsdann nur nötig, eine — kostenlose — Ueberweisung oder einen Scheck auszuschreiben und den Scheckbrief — unfrankiert — in den nächsten Briefkasten zu werfen. Die Postscheckgebühren sind übrigens seit dem 1. Januar erheblich herabgesetzt worden und viel billiger als die Gebühren für Postanweisungen oder Geldbriefe.

Stadttheater. Die Intendanz teilt mit: Am Donnerstag findet die erste Aufführung von Richard Wagners großer Oper „Tristan und Isolde" statt. Das Werk wird in völlig neuer bildlicher Gestaltung gegeben, zu der Joh. Schröder-Hamburg die Entwürfe gegeben hat. Die Partie des Tristan singt Herr Heimberg, die Isolde Frau Rönnau, als Kurwenal tritt Herr Kammersänger Manoff vom Stadttheater in Wiesbaden erstmalig auf, der auf einige Zeit für den noch erholungsbedürftigen Herrn Prohaska dem Theater verpflichtet wurde. Die Brangäne gibt Fräulein Senderowna, den Marke Herr Mainzberg. Die musikalische Leitung liegt in Händen des Herrn Generalmusikdirektor Mannstaedt, die szenische hat Herr Intendant Dr. Hartmann. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vorstellung bereits ½7 Uhr ihren Anfang nimmt, das Ende ist auf ungefähr ½12 Uhr festgesetzt. Die Kanzleiverwaltung ist mit der Straßenbahn-Direktion in Verbindung getreten zwecks Stellung von Wagen nach den Vororten zum Schluß der Vorstellung. Die Straßenbahn-Direktion hat sich liebenswürdigerweise bereit erklärt, anzuordnen, daß die Spätwagen nach den Richtungen: Schlutup, Kücknitz, Schwartau und Herrenwyk den Schluß der Vorstellung abwarten, sowie daß die üblichen Theaterwagen zur Verfügung stehen.

Internationaler Meister-Ringer-Wettstreit im Hansa-Theater. Der gestrige Abend brachte zwei einwandsfreie und hochbefriedigende Entscheidungskämpfe. Der Holländer van Riel zeigte sich wieder als erstklassiger Meister. Man wurde gestern inne, daß seine Niederlage gegen Steurs nur auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen ist, denn er lieferte dem Sieger über Steurs, Reglien, einen Kampf, wie ihn Reglien hier noch nicht zu bestehen hatte. Der Lübecker kam wiederholt in recht bedrängte Lage. Nach einer Stunde 22 Minuten neigte sich das Glück unserem Landsmanne Reglien zu und es gelang ihm durch Doppelarmzug den tapferen Holländer zu besiegen. Sehr amüsant verlief der Entscheidungskampf zwischen dem Warjak und dem noch unbesiegten Leskinowicz. Der Riese ist von so kolossalem Knochenbau, daß keiner seiner Gegner imstande ist, ihn an den Handgelenken festzuhalten, da auch die größte Hand seine Handgelenke auch nicht annähernd zu umspannen vermag. Dennoch zeigte Leskinowicz verschiedentlich Glänzendes. Als Warjak im entscheidenden Moment seinen Spezialgriff „Doppelnelson" bekommen hatte und schon gewonnenes Spiel zu haben glaubte, faßt der Russe blitzschnell Doppelarmzug und überwältigt seinen Gegner in einer Gesamtzeit von 56 Minuten 20 Sekunden. — Der heutige Abend bringt wieder zwei schwere Kämpfe, die beide bis zur Entscheidung geführt werden. Zuerst ringt Reglien gegen Urbach. Ein weiterer Entscheidungskampf findet zwischen Steurs und dem Warjak statt.

---

fen habe." Es seien allerdings sehr wertvolle Edelsteine. Drei Tage nach der Nachricht vom „Raube" Straßburgs habe er sie erhalten. Ludwig zeigte sich nicht undankbar für die unveränderte freundschaftlichen Gefühle. Rebenac bietet 1683 in Ludwigs Auftrag der Kurfürstin eine Garnitur Tische, Spieltische und Spiegel an. 1684 herrliche Toilettensachen in Silber und Gobelins im Werte von mehr als 100 000 Livres. Diese Sendung erlitt bei Hamburg Schiffbruch und wurde aus der Elbe wieder aufgefischt. Die Bewunderung war aber nicht geringer. Madame Rebenac mußte die Kurfürstin im Gebrauch der „unendlich vielen Dinge für die Toilette" unterweisen; man kannte sie bis dahin noch nicht in Berlin. Der Kurfürst wurde nicht vergessen, im November 1683, zwei Jahre nach Straßburgs Fall, erhielt er 100 000 Livres als außerordentliches Geschenk. Groß waren die Gegenleistungen Friedrich Wilhelms bei solchen Geldbeträgen und Geschenken. Er mußte im Kriegsfalle Soldaten für Frankreich stellen, ohne die Kriegsursachen untersuchen zu dürfen, also auch gegen den deutschen Kaiser konnten die Truppen verwendet werden. Rebenac berichtete von einer Unterredung mit Friedrich Wilhelm über den Kriegsfall mit Oesterreich. Friedrich Wilhelm sagte: „Wenn der König Oesterreich bekriegen will, dann erkläre ich auch dem Kaiser den Krieg, er hat nur zu befehlen."

Worauf Rebenac erstaunt erwiderte: „Wollen Sie, daß ich dies dem Könige berichte?"

Friedrich Wilhelm: „Ich bitte darum; sagen Sie ihm noch, daß ich es aus vollem Herzen sage."

Ludwig war mit hohenzollerisch-brandenburgischer Hilfe an den Rhein gelangt. Er sah sich als den Nachfolger Karls des Großen an. Was lag näher, als auch die äußere Zier der Macht zu erstreben, die er schon ausübte? Der Bourbone wollte auch den Thron des deutschen Reiches einnehmen, nicht nur das Zepter führen. Und Friedrich Wilhelm versprach seine Stimme Ludwig oder einem anderen französischen Kandidaten.

Dies landesverräterische Treiben finden wir nicht nur beim Großen Kurfürsten, sondern auch andere Fürsten stellten ihre Interessen über die der Nation. Ernst Moritz Arndt sagt im „Geist der Zeit" ihnen treffend die Wahrheit: „Ihr schreit in Eurer Not zur deutschen Nation, Ihr gebärdet Euch, als wenn Ihr an eine solche glaubtet. **Verbrecher an ihr, Ihr habt sie nie geglaubt, sie nie geliebt, noch gekannt.**" Von deutschen Fürsten war vielfach die Rede, nie und nirgends vom deutschen Volke. **Ihr geglaubt, sie nie geliebt, noch gekannt.**" Von deutschen Fürsten Ihr, die Ihr Euch und deutsches Blut und deutsche Ehre sogleich verkaufet und ausginget, Deutsche zu vertilgen, wenn durch viel Blut und mehr Schmach einige Quadratmeilen Land zu gewinnen waren. **Der Tag der Rache wird kommen, schnell und unvermeidlich, und ohne Tränen wird das Volk die unwürdigen Enkel besserer Väter vergehen sehen.**"

Wohnungsbau 1924.

Bei den Regierungserklärungen im Reichstag und den Erörterungen im preußischen Landtag spielt die Frage der Wohnungswirtschaft eine bedeutende Rolle. Die an der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung interessierten Gruppen suchen mit allem Nachdruck zu beweisen, daß die baldige Aufhebung der gegenwärtig geltenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft geboten sei und daß es im Interesse des gesamten Volkes liege, wenn möglichst bald dieses System beseitigt würde, das von ihnen nicht nur als ein volkswirtschaftlicher Fehler, sondern auch als der Nährboden schlimmster Korruption bezeichnet wird. Dem Drängen der interessierten Hausbesitzer und ihrer parlamentarischen Vertretungen ist auch inzwischen in gewissem Umfange nachgegeben worden. Die Lockerung der Zwangsbewirtschaftung ist in nicht unerheblichem Maße durch die Freigabe der möblierten Zimmer und durch das sogenannte System der Vordringlichkeitsausweise erfolgt, nach welchem einer erheblichen Zahl von Wohnungssuchenden, die von den Wohnungsämtern als vordringlich bezeichnet werden, Ausweise zur Verfügung gestellt worden sind, die sie ermächtigen, unter den freiwerdenden Wohnungen Umschau zu halten, selbständig Mietverträge abzuschließen, die nur zur formalen Genehmigung dem Wohnungsamt vorzulegen sind. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß auch dieses System keine Besserung der Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkte herbeiführen wird, daß dies ebenso wenig auf Grund schon aufgemachter Statistiken über die angeblich garnicht vorhandene Wohnungsnot geschehen kann, sondern daß der nun einmal im größten Maßstabe vorhandene Mangel an Wohnraum nur beseitigt werden wird durch eine umfassende, weitsichtige Wohnungsbaupolitik. Die Freigabe der Mietpreisbildugn könnte allerdings das Ergebnis haben, daß durch die dann eintretende außerordentliche Steigerung des Mietzinses eine derart starke Zusammendrängung der Bevölkerung erfolgen würde, daß ein gewisser Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auch auf dem Wohnungsmarkte eintreten könnte, aber dieser Ausgleich würde bezahlt werden mit dem folgenschwersten, weder sozial noch sittlich oder hygienisch zu verantwortenden Zustande des schlimmsten Wohnungselendes.

Es kann also keinem Zweifel unterliegen, daß der wirtschaftlich vernünftige und sozial gebotene Weg zur Beseitigung der Wohnungsnot nur der des Wohnungsbaues sein kann. Die Finanzierung dieses Wohnungsbaues aber ist auch heute noch nicht in der Form möglich, daß zu den gegenwärtigen Zinssätzen Baukapital aufgenommen und der Mietpreis auf der Basis der Baukapitalverzinsung berechnet wird, sondern nur dadurch, daß aus dem vorhandenen Wohnungsvorrat diejenigen Mittel gewonnen werden, die notwendig sind, um neuen Wohnraum zu erstellen. Das System der Gewinnung von Mitteln für den Wohnungsbau auf dem Wege über die Hauszinssteuer muß als der einzig richtige und im Interesse der breitesten Schichten der Bevölkerung unbedingt beizubehaltende angesehen werden. Es ist jedoch mit allem Nachdruck und immer wieder zu fordern, daß die Mittel, welche aus der Hauszinsbesteuerung gewonnen werden, in vollem Umfange der Neubautätigkeit zugute kommen und nicht zur Deckung anderer öffentlicher Ausgaben dienen. Nur wenn diese Hauszinssteuer zur reinen Wohnungsbau-Zwecksteuer geworden ist, kann sie auch von unserer Partei gegenüber den an und für sich schwer notleidenden breiten Schichten der Bevölkerung vertreten werden. In diesem Falle müssen wir sie allerdings auch mit größtem Nachdruck als notwendig und im Interesse der Mieter liegend fordern und vertreten.

Die ersten drei Vierteljahre stabiler Währungsverhältnisse zeigen eine Verminderung des Reinzuganges an fertiggestellten neuen Wohnungen gegenüber dem Zugang im Jahre 1923. Die Differenz ist, wie aus der amtlichen Statistik hervorgeht, sehr erheblich. In 86 Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern, die zur Grundlage der Ermittlungen gedient haben, sind im ersten Vierteljahr 1923 12 199 neue Wohnungen bezugsfertig geworden. Demgegenüber im ersten Vierteljahr 1924 nur 7706. Im zweiten Vierteljahr 1923 9430, dagegen im zweiten Vierteljahr 1924 nur 4621. Im dritten Vierteljahr 1923 8884, dagegen 1924 nur 5901. Es sind also in den drei ersten Vierteljahren 1924 noch nicht einmal zwei Drittel derjenigen Zahl von Wohnungen der Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt worden, die im Jahre 1923 bereit gestellt werden konnten. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß im Sommer und Herbst 1923 infolge der vollständigen Währungszerrüttung die Baumöglichkeit an allen Stellen so eingeschränkt wurde, daß eine erhebliche Herabsetzung der Zahl der in Angriff genommenen Bauvorhaben eintreten mußte. Der Verringerung der Zahl neuer Wohnungen aus der Bauperiode 1923, die natürlich erst im Jahre 1924 statistisch in Erscheinung getreten ist, hat demnach ihren Grund im Währungschaos des Jahres 1923. Dagegen fehlen bis heute exakte Zahlen über die nach erfolgter Stabilisierung, also im Frühjahr 1924, in Angriff genommenen Bauten, die in der Hauptsache erst im ersten und zweiten Vierteljahr 1925 als Wohnungszugang statistisch erfaßt werden können.

Es steht aber jedenfalls nach den obigen Zahlen fest, daß gerade im Jahre 1924 eine besondere Verschärfung der Wohnungsnot eintreten mußte, wie sie ja auch tatsächlich von den meisten Wohnungsämtern festgestellt wird, weil der in diesem Jahr verfügbar gewordene Wohnraum unzulänglicher blieb als in den Vorjahren.

Es scheint nun aber nach der ganzen Lage des Baumarktes und den amtlichen Zahlen über die erteilten Baugenehmigungen, daß im Jahre 1924 in von Monat zu Monat steigendem Maße Bauprojekte in Angriff genommen worden sind, und es ist damit zu rechnen, daß die Zahlen für 1925 nicht unbeträchtlich höher sein werden, sodaß einer wesentlich **größeren Zahl von Wohnungsuchenden zu einer Wohnung verholfen werden kann.** Trotz dieser Zunahme an Wohnungen wird der Zugang jedoch im Verhältnis zum Wohnungsbedarf noch immer so gering bleiben, daß die erschreckenden Zahlen der Wohnungsuchenden kaum eine Verringerung erfahren werden, insbesondere aber werden die wirtschaftlich Schwachen unter diesen Verhältnissen weiter zu leiden haben. Gelänge es jedoch, die Hauszinssteuer in vollem Umfange der Wohnungsbauförderung zuzuführen und schleunigst Klarheit über die künftige gesetzliche Regelung dieser Materie zu erzielen, sodaß nicht erst im späten Frühjahr oder im Sommer mit der Durchführung der Bauvorhaben begonnen zu werden braucht, sondern rechtzeitig die Bauprojekte in Angriff genommen werden können, so würde es sicherlich möglich sein, ein Wohnungsprogramm von 100—120 000 Wohnungen durchzuführen. Daß dies nicht nur dazu beitragen könnte, schwere sozialen und wirtschaftliche Schäden, die der andauernde Mangel an Wohnungen im Gefolge hat, rascher zu beseitigen, sondern auch eine Belebung unseres ganzen Wirtschaftslebens und eine Steigerung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung herbeizuführen, dürfte von keiner Seite bestritten sein. Unter diesen Umständen gibt es kaum eine dringlichere Aufgabe für unsere parlamentarischen Vertretungen, als mit aller Energie dahin zu wirken, daß jeder Versuch zur Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, insbesondere auf dem Gebiete der Mietpreisbindung, verhindert und schnellstens dafür Sorge getragen wird, daß das volle Aufkommen an Hauszinssteuer dem Wohnungsbau dienstbar gemacht wird.

SPD.

Nähstube! Die Nähstube des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt ist wieder jeden Tag von 6 Uhr ab geöffnet. Getragene Kleidungsstücke, Schuhe usw., die im Haushalt nicht mehr gebraucht werden, bitten wir in der Nähstube (Jugendamt) abzugeben. Alle Sachen werden durch freiwillige Helfer und Helferinnen hergerichtet und und an die notleidende Bevölkerung abgegeben. Also helft uns.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bureau: Johannisstraße 48 II.

Geöffnet von 5 bis 7 Uhr nachmittags

Vergnügungsausschuß. Mittwoch abend 7 Uhr Sitzung im Sekretariat.

Stockelsdorf. Mittwoch abend, 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal.

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Preis 10 Pfg. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Lübecker Volksbote".

Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Jugendabteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Am Donnerstag, dem 29. ds. Mts., abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus ein Vortrag von Dr. Solmitz über: „Die Bedeutung der Zeitung und ihre Aufgabe für die Jugendbewegung" statt. Anschließend daran Mitgliederversammlung. T.-O.: 1. Monatsprogramm. 2. Aussprache über einen Festabend und Besichtigung der Ueberlandzentrale. 3. Verschiedenes. Am Sonntag, dem 1. Februar findet vormittags 10 Uhr eine Besichtigung des Lübecker Volksboten statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Jugendleitung.

Arbeitsgemeinschaft des Z. d. A. Am Freitag, dem 30. Januar, findet im Jugendheim Königstraße 97 ein Vortrag statt. Referent Prof. Dr. Schomburg: „Der neue Mensch". Wir erwarten zahlreichen Besuch. Die Leitung.

Jugendabteilung des Zentralverbandes der Angestellten. Am Donnerstag, dem 29. Januar, findet im Jugendheim Königstraße 97 ein Vortrag von Herrn Schermer statt. Wir bitten um pünktliches Erscheinen. Jugendvorstand: R. Wegner.

Jugendschutzkommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes: Jeden Donnerstag von 6—7 Uhr Sprechstunde auf dem Verbandsbureau, Johannisstraße 48, I.

Achtung, Maurer! Ueber die Firma Thiel, Emailleurwerk, ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Kein Maurer darf dort in Arbeit treten.

Der Vorstand des Baugewerksbundes.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Lübeck (Bezirk Reinfeld). Ueber die Zimmerarbeiten des Zimmermeisters Boje in Zerpen bei Reinfeld ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Der Vorstand.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Lübeck. Am Donnerstag, abends 8 Uhr: Vortrag von Dr. Zacharias-Hamburg über Paneuropa im Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königstraße. Gäste willkommen. Eintritt frei.

Großer Lichtbildervortrag über die Lungentuberkulose am Donnerstag abend 8 Uhr in der Stadthalle. Bei der heutigen erschreckenden Zunahme der Tuberkulose wäre es erwünscht, den sehr lehrreichen Vortrag zu besuchen. Die gebotenen Lichtbilder stammen aus großen Krankenhäusern. (Siehe Inserat)

Angrenzende Gebiete.

k. **Schönberg i. Meckl.** Beisitzer des Pachteinigungsamtes. Zu Beisitzern des Pachteinigungsamtes hierselbst sind vom Ministerium Nachbenannte bestimmt: a) Verpächte: 1. Kirchenrat Schmidt-Ziethen, 2. Hauswirt Karsten-Rupensdorf, 3. Pastor Rüdiger-Schönberg, 4. Hauswirt Rohde-Teschow, 5. Schmiedemeister Johannes Brehmer-Schönberg, 6. Schlossermeister Johann Wiencke-Carlow, 7. Landwirt Julius Prestin-Schönberg; b) Pächter: 1. Domänenpächter Krüger-Römnitz, 2. Oberamtmann König-Neuhof, 3. Landwirt Cyrus-Rupensdorf, 4. Pächter Stein-Carlow, 5. Pfarrackerpächter Hartmann-Demern, 6. Rentner Schümann-Schönberg, 7. Maurer Renzow-Schönberg, 8. Büdner Fr. Borchert-Carlow, 9. Arbeiter Johann Holst-Carlow.

k. **Schönberg i. Meckl.** Revierförster Schulze-Schlagbrügge ist als Vertreter des Forstmeisters Saueressig-Schönberg zum stellvertretenden Mitglied der Jagdbehörde des Amtes Schönberg ernannt worden.

Meldorf i. Holst. Eine profitable Schweinegeschichte. Außerordentlich schwere Beschuldigungen erheben einige Meldorfer Bürger. Vor ungefähr zwei Jahren wurden gegen einen Schlachtermeister in Meldorf und die Schweinemästerei öffentlich schwere Beschuldigungen erhoben, auch wurde der Behörde Anzeige erstattet. Die früheren Gesellen des Schlachtermeisters haben öffentlich behauptet, daß kranke Tiere, aus der genannten Mästerei stammend, mit Eiterbeulen und Eiterpikeln unter den Rippen behaftet waren, so daß bei der Verarbeitung des Fleisches den Gesellen Eiter am Messer entlanggelaufen und ins Gesicht gespritzt sei, ohne tierärztliche Beschau und Abstempelung geschlachtet, zur menschlichen Nahrung verarbeitet und an die Bevölkerung verkauft worden seien. Das Landratsamt soll aus den Büchern der Mästerei festgestellt haben, daß über 100 Tiere der Mästerei kreiert seien. An die Abdeckerei wurde aber kein Stück geliefert. Die Meldorfer Mästerei-Genossenschaft erläßt hierzu eine Erklärung, die sagt, daß „kein Mitglied eine Ahnung" von den genannten Vorgängen gehabt hat, die leider wohl auf Tatsachen beruhen. Schonungslos und profitlüstern!

Der Hamburger Hochverratsprozeß.

SPD. Hamburg, 27. Januar.

Der Vormittag des fünften Verhandlungstages war völlig mit der Verlesung kommunistischer Aufrufe und Artikel ausgefüllt. Im Anschluß an einen Aufruf der Zentrale, in dem von einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung und von einem Bündnis mit Sowjetrußland die Rede ist, fragte der Vorsitzende, ob das mit einer legalen Arbeiter- und Bauernregierung möglich sei? Der Angeklagte Urbahns antwortete, daß für Sowjetrußland auch ein Bündnis mit legalen, monarchistischen und kapitalistischen Staaten nicht ausgeschlossen wäre. Auf die Frage eines Verteidigers, was Urbahns unter

„Revolution“ verstehe, antwortete dieser, er fasse die Revolution nicht als einen einmaligen Akt im Heugabelsinne, sondern als eine andauernde Bewegung, als einen Dauerzustand auf. Die Masse warte deshalb auch nicht auf den Tag der Revolution, sondern wolle sie in sehr intensiver Arbeit durchführen. Diese Art von Revolution sei das, was er „Leninismus“ nenne. In einem Artikel einer illegal erschienenen Nummer der „Hamburger Volkszeitung“, der zur Verlesung gelangt, wird ausgeführt: Die Arbeiter müssen sofort ihren Brüdern in Sachsen zu Hilfe eilen, die Betriebe verlassen, den Generalstreik erklären und den Truppen der Regierung mit den gleichen Mitteln entgegentreten, die diese gegen die Arbeiter anwenden. Von den Arbeitern werden gewaltige Opfer gefordert, auch an Blut und Leben. — Auf die Feststellung des Vorsitzenden, daß damit doch klar zum Ausdruck komme, daß ein bewaffneter Kampf beabsichtigt sei, weist Verteidiger Hegewisch darauf hin, daß der Angeklagte Urbahns bereits zugegeben hat, kurz vor dem Putsch die Vorbereitung des Hochverrats und den Sturz der Regierung in Aussicht genommen zu haben.

In der Nachmittagssitzung werden verschiedene Rundschreiben der KPD. verlesen, die zur Bildung proletarischer Hundertschaften auffordern und organisatorische Richtlinien für den politischen Kampf enthalten. Urbahns, der eines dieser Rundschreiben gezeichnet hat, fordert die Umstellung auf strengste Illegalität und eine engere Verbindung mit den lebenswichtigen Betrieben. In einem Flugblatt der Zentrale vom 5. 10. 1923 wird die Auflösung der Militärdiktatur durch die rote Diktatur gefordert und als notwendig bezeichnet, daß der Rebellion der weißen Generale die Rebellion der Arbeiter entgegengesetzt werden müsse. Ein Rundschreiben vom 16. 10. 1923, das die Unterschrift des Angeklagten Köppen trägt, fordert die Feststellung der Lebensmittelvorräte, der vorhandenen Bäckereien und die Beschaffung von Lagerräumen für Lebensmittel. Köppen bezeichnet dieses Rundschreiben als eine Spitzelarbeit. Als der Vorsitzende das als unglaubwürdig bezeichnet, da das Rundschreiben unter solchen von Urbahns gezeichneten gefunden worden sei, erklärte Urbahns, daß das Rundschreiben echt sei. Darüber, wer sich hinter dem Namen Köppen verberge, verweigere er die Aussage. Im übrigen könne, wenn von der Uebernahme des Ernährungswesens gesprochen würde, es sich nur um eine solche unter einer Arbeiter- und Bauernregierung gehandelt haben. In einer „Information der Kommissare“, die die Bemerkung „Sofort vernichten!“ trägt, wird aufgefordert, die Illegalität zu verstärken. Es wird auch die Notwendigkeit einer Unterstützung aus dem Reiche für Sachsen ausgesprochen, falls es dort zu offenen Kämpfen komme. Die Vorbereitungen zur Eröffnung des Widerstandes seien in zwei bis drei Wochen abgeschlossen. Ohne Anweisung dürfe ein wirtschaftlicher Kampf nicht in einen bewaffneten Aufstand übergeleitet werden. In einem Rundschreiben nach dem Oktober-Putsch wird ausgeführt, daß sich die Dachschützen außerordentlich bewährt hätten und eine solche Kampfmethode dem Kampf in geschlossenen Verbänden, den die Polizei angewandt habe, sehr überlegen sei. In diesem Rundschreiben wird auch ausgeführt, daß die Kämpfe auf Anordnung der Partei abgebrochen wurden. Dann werden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Gewerkschaften.

Sieg der Amsterdamer Richtung. Die Wahl der Ortsverwaltung des Verkehrsbundes Essen hat den Sieg der Amsterdamer Richtung mit allen gegen eine Stimme ergeben. Die Delegierten-Versammlung des Baugewerksbundes hat bei der Wahl der Ortsverwaltung die Liste der Amsterdamer mit allen gegen 7 Stimmen gewählt. Bei der Wahl der Ortsverwaltung der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde einstimmig die Vorschlagsliste der Ortsverwaltung gewählt. Diese setzt sich danach aus 14 Personen, darunter 3 Kommunisten, zusammen. In die Ortsverwaltung der Metallarbeiter wurden 7 Sozialdemokraten und 6 ausgeschlossene Kommunisten gewählt.

Gewerkschaftliche Fraktionsarbeit.

Die Kommunisten haben durch ihre Zellenbauerei zur Unterordnung der Gewerkschaften unter die Diktatur der Erben und Verwalter des Zarismus eine Einrichtung geschaffen, die mit dem Absterben der Kommunisten wieder verschwinden wird: die Spaltung in Fraktionen. Wenn unsere Genossen in den Gewerkschaften, meist viel zu spät, sich schließlich gleichfalls aufgerafft haben, um Fraktionen zu gründen, so geschah dies, um die von den Kommunisten betriebene Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern. Wo immer die Kommunisten in einer Gewerkschaft die Macht an sich gerissen haben, sind sie ohne weiteres dazu übergegangen, die Spaltung herbeizuführen. So sind sie insbesondere in Frankreich und der Tschechoslowakei vorgegangen. Nur der Fraktionsarbeit unserer Genossen ist es zu danken, daß uns in Deutschland die Spaltung in größerem Umfange erspart geblieben ist. Zwischen der **Spaltung der Gewerkschaften** und deren **Spaltung in Fraktionen** ist letztere immer noch das kleinere Uebel.

Nun stellt die „Rote Fahne“ die Dinge so dar, als sei die Fraktionsarbeit unserer Genossen dasselbe wie die von der KPD. angeordnete Zellenbauerei. Aber gerade die Schreiben, die das bolschewistische Blatt zur Erhärtung seiner Behauptung veröffentlicht, beweisen das Gegenteil. Es handelt sich nämlich um Schreiben von zwei Gewerkschaftsfunktionären an die Abteilungsleiter der Partei, in denen um Mitteilung der Namen der Parteimitglieder gebeten wird, die den betreffenden Gewerkschaften angehören. Bei der KPD. ist es jedoch umgekehrt die Partei, die die Mitglieder der Partei in den Gewerkschaften zu Zellen zusammenschließt und ihnen die Anweisungen gibt, wie sie sich zu verhalten haben. Der Unterschied ist auffallend und dadurch begründet, daß die Sozialdemokratische Partei niemals in die Arbeit der Gewerkschaften eingreift, geschweige denn diesen vorschreibt, wie sie Lohnbewegungen usw. zu führen haben, während dagegen die KPD. die Politik der Gewerkschaften, ihre Taktik bei Streiks usw. bestimmen will. Dieser Unterschied erklärt sich sehr einfach aus der verschiedenen Einstellung der KPD. und unserer Partei. Die KPD. ist eine von den Moskauer Diktatoren dirigierte Putschpartei, während unsere Partei eine **sozialistische Partei des demokratischen Klassenkampfes ist.**

Aus der Partei.

Genosse Thiele †. In Halle a. d. S. ist der langjährige Reichstagsabgeordnete und Redakteur Genosse Adolf Thiele im Alter von 72 Jahren verstorben. Thiele war am 26. September 1853 in Dresden geboren. Als Volksschullehrer kam er infolge seines stark entwickelten demokratischen und freireligiösen Empfindens dauernd in Konflikt mit seinen Vorgesetzten. Er gründete daher zunächst eine demokratische Zeitung in Wurzen und wurde 1894 Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblatt“ in Halle, das unter seiner Leitung einen raschen Aufstieg nahm. Thieles ganzes Denken und Trachten war neben der Stärkung der organisatorischen Kraft der Arbeiterklasse darauf eingestellt, die sozialdemokratischen Redakteure organisatorisch zusammenzufassen. Gegen den Willen seines alten Freundes Wilhelm Liebknecht hat er sich daher für die Gründung des Vereins Arbeiterpresse eingesetzt, dessen langjähriger Vorsitzender er war. Tausende von sozialdemokratischen Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsangestellten neben Frauen und Waisen haben den Segen dieser Thieleschen Gründung kennengelernt. Thiele war länger als ein Jahrzehnt Reichstagsabgeordneter des Wahlkreises Zeitz-Weißenfels, im Jahre 1919 zog er als Vertreter des Bezirks Halle-Merseburg in die Nationalversammlung, wo er zu den Gegnern der Unterzeichnung des Friedensdiktats gehörte. Im Kriege gab Thiele zum Mißbehagen der Militärbehörden eine Statistik der Verlustziffern heraus, die schließlich unterdrückt wurde. Nach der Revolution wurde Adolf Thiele mit der Verwaltung des Landratsamtes Hille-Saalkreis betraut, schied jedoch nach zweijähriger Tätigkeit als Opfer des Alters-Pensionsgesetzes aus. Vorbildliches hat er insbesondere auch auf dem Gebiete der Invalidenfürsorge geleistet. Er war Vorsitzender des Zentralverbandes der Invaliden und Rentner und hat hier wie überall ein Menschenalter hindurch rücksichtslos seine Kräfte in den Dienst der Arbeiterbewegung eingesetzt.

Arbeiter-Sport.

Alle Zuschriften für diese Rubrik sind an den Sportgen. Max Cornehls, Gr. Gröpelgrube 32, nicht an die Redaktion des Lübecker Volksboten zu richten.

Achtung, Schiedsrichter! Am Donnerstag, dem 29. Januar, abends 8 Uhr: Sitzung im Arbeiter-Sportheim Hundestraße. Schiedsrichter-Ausschuß ½8 Uhr. Erscheinen ist Pflicht. Obmann P. Grimm.

Ballspielverein „Vorwärts“. Folgende Mannschaftsversammlungen finden statt: II. Herren am Freitag 8 Uhr; I. Jugend am Donnerstag 8 Uhr. Das Erscheinen aller ist Pflicht. H. Meins.

Bezirksausschußsitzung am Freitag, dem 30 Januar, abends 7 Uhr im Arbeiter-Sportheim. Wichtige Tagesordnung: U. a. Wahl eines Bezirksturn- und Spielwartes. A. R.

Freier Wassersport-Verein. Am 31. Januar und 1. Februar findet hier in Lübeck der 6. Kreis-Wassersporttag statt. An dieser Tagung nehmen 60 Delegierte teil. Wir benötigen daher noch eine Anzahl Freiquartiere. Wir bitten alle Sportgenossen, die ein Freiquartier zur Verfügung stellen können, diese beim Genossen W. Huhn, Kupferschmiedestraße 9 I zu melden.

Das 1. Internationale Arbeiter-Olympia nimmt mit den wintersportlichen Wettkämpfen am 31. Januar ds. Js. in Oberschreiberhau seinen Anfang. Wie aus Schreiberhau mitgeteilt wird, sind die Schneeverhältnisse gegenwärtig so, daß die Veranstaltung abgehalten werden kann. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Schneeverhältnisse sich noch etwas bessern. Zur Teilnahme an den Wettkämpfen haben sich bisher außer Deutschland gemeldet: Finnland, Tschecho-Slowakei, Oesterreich, Schweiz, Lettland und Polen. Um für das Internationale Olympia in Frankfurt a. M. die letzten Vorbereitungen zu treffen, findet am 6. und 7. April in Frankfurt eine internationale Konferenz statt, an der alle Länder teilnehmen, die der Luzerner Sport-Internationale angeschlossen sind.

Vermischte Nachrichten.

Ein Student als Frauenmörder. Der Polizei in Berlin ist es gelungen, den Namen des Mörders des Dienstmädchens Elisabeth Stengierske, deren Leiche am Arnswalder Platz gefunden worden war, zu ermitteln. Es ist ein aus Stuttgart gebürtiger ehemaliger Student, der sich in Berlin mittellos herumgetrieben zu haben scheint und offenbar in verschiedenen Garagen gelegentlich als Wagenwäscher gearbeitet hat.

Raubüberfall im Berliner Konsumverein. In die Geschäftsräume des Konsum- und Genossenschaftsvereins in der Siedlung Lindenhof auf der Grenze zwischen Tempelhof und Schöneberg drangen Montag abend kurz nach 6 Uhr drei Männer ein und raubten mit vorgehaltenem Revolver die Kasse, in der sich nur 100 Mark befanden, und die Handtasche einer im Geschäft anwesenden Kundin. Die Täter sind in der Dunkelheit entkommen. Es wird angenommen, daß die Räuber mit den drei Männern identisch sind, die vor einiger Zeit einen ähnlichen Raubüberfall in Tempelhof verübt haben.

Das erste Opfer des Eises. Wie aus Neuendorf im Kreise Naugard berichtet wird, betrat der zwölfjährige Sohn des Arbeiters Ebert die dünne Eisdecke des Sees und versank vor den Augen seiner Schwester. Als sie ihn retten wollte, wurde sie von dem Bruder mitgerissen und geriet unter die Eisdecke. Dem Sohn des Sägemühlenbesitzers Eisenhauer gelang es, beide Kinder ans Land zu bringen, doch waren die Wiederbelebungsversuche nur bei dem Knaben von Erfolg.

Gefängnis für die Rundfunkschwarzhörer. Die Münchener Gerichte beschäftigen sich täglich mit Schwarzhörern im Rundfunk. Die Urteile lauten auf 5 bis 10 Tage Gefängnis bezw. 50 bis 100 Mark Geldstrafe.

Todesurteil gegen einen Polizeiwachtmeister. Das Schwurgericht Münster verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Polizeiwachtmeister Wriske wegen Mordes zum Tode. Wegen Verleitung zum Meineid wurde er außerdem mit 2 Jahren Zuchthaus bestraft. Wriske leugnete auch nach dem Urteilsspruch seine Schuld.

Streikende Hebammen. Aus Bordeaux wird berichtet, daß die dortigen Hebammen in den Streik getreten sind, da ihnen die Aerztekammer eine weitere Erhöhung der Gebühren verweigert. Die Hebammen begründen ihre Forderung mit dem ständig wachsenden Arbeitsmangel und behaupten, daß in der Gegend von Bordeaux nun auch die Arbeiterfamilien zum Einkinder-System übergegangen sind.

Briefkasten.

W. Sie müssen sich mit ihrer Beschwerde an den Sportgenossen Cornehls, Große Gröpelgrube 32, wenden. Wir sind allerdings auch der Meinung, daß Sportberichte sofort nach Spielschluß geschrieben und weitergeleitet werden müssen. Leider ist es aus technischen Gründen vorderhand nicht möglich, die Berichte bereits am Montag zu veröffentlichen. Sollen sie in die Dienstagnummer, dann bedürfen wir ihrer bis spätestens Montag mittag 1 Uhr.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte.

Der hohe Druck zerfällt weiter. Warmluftwellen dringen vom Westen vor und verursachen leichte Schneefälle, die in Süddeutschland bereits in Regen übergegangen sind.

Vorhersage für 28. und 29. Januar 1925.

Meist trüb, keine nennenswerte Schneefälle, zunächst noch leichter Frost, schwache bis mäßige südöstliche Winde.

Schiffsnachrichten.

Angekommene Schiffe.

27. Januar.

Deutsch. S. Hulda, Kapt. Krüger, von Grehevod, leer, 2 Tg. Schwed. D. Irene, Kapt. Svensson, nach Stockholm, Stückg., 3 Tg. Deutsch. S. Blauer Abel, Kapt. Schlöpke, von Neustadt, 2 Std. Deutsch. S. Helene, Kapt. Mews, von Wismar, Stückg., 4 Std. Griech. D. Rita Hanovis, Kapt. Pottola, von Kiel, leer, 1 Tg. Deutsch. D. Herm. Otto Ippen 14, Kapt. Kliehn, von Wismar, Stückgut, 5 Stunden.

28. Januar.

Deutsch. D. Hiska Otto Ippen 26, Kapt. Wittenberg, von Stettin, Stückg., 1 Tg. Deutsch. D. Swanholm, Kapt. Lellingien, von Christiansund, Heringe, 4 Tg. Dän. D. Thor, Kapt. Andreason, von Aarhus, Stückg., leb. Vieh, 1½ Tg. Schwed. D. Svanen, Kapt. Stenfeldt, von Kopenhagen, 7 Pass., Stückg., 12 Stunden. Schwed. D. Ludvig Kolberg, Kapt. Jacobsson, von Malmö, Stückgut, 14 Stunden.

Abgegangene Schiffe.

27. Januar.

Schwed. D. Disa, Kapt. Engelbrechtsson, nach Uddewalla, Kalisalze.

28. Januar.

Deutsch. S. Rechtenfleth, Kapt. Stehnken, nach Mariager, Salz. Dän. S. Got met us, Kapt. de Vries, nach Nakskow, Salz.

Marktberichte.

Getreide. Hamburg, 27. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse). Der Markt blieb heute weiter fest, weil das Angebot ausländischer Ware zurückhaltend ist. Aus dem Inland ist dagegen das Angebot reichlicher, ohne indessen bei den verhältnismäßig hohen Preisen Käufer zu finden. Preise in Reichsmark für 1000 Kilo: Weizen 260—270, Roggen 260—268, Hafer 198—208, Gerste 240 bis 285 Mk., Buchweizen 242—255 Mk. (ab inländischer Staion, einschl. Vorpommern). Ausländ. Gerste 232—246 Mk., Mais 218 bis 222 Mk. frei Kaiwaggon. Oelkuchen geschäftslos und unverändert.

Geschäftliches.

Die größten Feinde der Menschheit sind die Erreger der Infektionskrankheiten, die Bazillen und Kokken. Ein wirksamer Schutz gegen diese ohne Mikroskop unsichtbaren Lebewesen ist eine gute, reichliche Ernährung, die genügend Fett enthält, denn ein gesunder, richtig ernährter Körper bietet den Krankheitserregern keine Angriffsmöglichkeiten. In der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband“ wird Ihnen das für die Ernährung unentbehrliche Fett in idealer Form zu einem erstaunlich billigen Preis geboten.

Die glückliche Geburt
unseres Jungen
zeigen an (1341
Carl Hugo Kahlhoff
u. Frau Käthe, geb. Hellmann
26. Januar 1925.

Durch einen Unglücksfall wurde uns am 25. d. M. unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, mein treuer Verlobter, unser guter Schwiegersohn

Georg Beck

im Alter von 30 Jahren durch den Tod entrissen. In tiefer Trauer:
Familie J. Beck, Rostock
Frida Reimers, als Braut
Aug. Reimers und Frau
Lübeck, Lederstr. 3. 1359
Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Eleg. Babykorb billig zu verkaufen. (1344
Mittelstr. 29, pt.

Puppen w. gut u. billig repariert. (1347
K. Möller, Wahmstr. 81.

Nachruf!
Nach schwerem Leiden entschlief sanft unser lieber Freund (1366
Herr Wilhelm Eder
Als unser Vorsitzender hat er mit nie rastender Arbeitsfreudigkeit und seltener Pflichttreue sich den Interessen unserer Gesellschaft gewidmet. Sein stets aufrichtiges und sonniges Wesen sichern ihm ein bleibendes und ehrendes Gedenken
Der Vorstand der Gewerbegesellschaft in Lübeck
Lübeck, den 27. Januar 1925

Danksagung!
Allen denen, die unserm teurem Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen und den Sarg so reich mit Kränzen schmückten, dem Vorstand der St. Mariengemeinde, Beamten und Angestellten der Kirchenkanzlei, insbesond. Herrn Hauptpastor Denker für seine trostreichen Worte uns. tiefgefühlten Dank. Im Namen all. Hinterbl.
Johanna Mohnsen
1368) geb. Wichert

Einfriedigungs-Pfähle gesucht. (1335
Ziegelstr. 23 d, I.

Große
Ferkel
zu verk.
Friedr. Robrahn
1354) **Schwartau**
Kaltenhöfer Straße 33

Heim Vorwerk
bittet um Arbeit in
Stuhlberohrung
Stühle werden abgeholt und gebracht. (1367
Telephon 8730

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen **perfekten**
Sägenschärfer
Katz & Klumpp
Lübeck—Schlutup 1369

Zu verm. flotte Herren-
Masken-Anzüge
1338) Fischergrube 51, II.

Vorbeugen nicht abtreiben!
Ein Ratgeber für Eheleute.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstr. 46

Zigaretten Zigarren
C. Wittfoot
Ob. Hüxstr. 18

Jugend- und Volksbücher
aus d. Feder angesehener Schriftsteller
Preis pro Heft **20** und **40** Pf., geb. **75** Pf.
Buchhandlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstr. 46

Stadtanleihen Pfandbriefe
zu hohen Preisen gesucht
Angebote unter E. D. Nr. 4009 an die Exped. dieses Blattes. (1296

Gemäß den Einlagebedingungen vom 1. Mai 1924 geben wir hiermit bekannt, daß die

Zinsen für Spareinlagen ab 1. März 1925 10% p. a.

betragen.

Die Spar- und Anleihe-Kasse zu Lübeck

1331

Amtlicher Teil

Oeffentliche Verdingung!

Lieferung von Türen f. d. Neubau von Kleinwohnungen. Ang. b. 3. Februar mitt. 12 U. einzur.

Lübeck, 28. Jan. 1925. (1358) Das Bauamt.

Oeffentliche Versteigerung

am Freitag, dem 30. d. Mts., vorm. 9 Uhr, in der Versteigerungshalle des Gerichtshauses:

Sofas, Sessel, Schreib- u. a. -Tische, mah. Sofaumbau, Sekretär, Korbsesselgarnitur, Vertiko, Spiegel, Kommode, Teppiche, Bilder, 1 Nähmaschine, 1 Partie Damenhalbschuhe und Strandschuhe, 1 Schusternähmaschine, 2 eis. Geldschränke, 2 eis. Oefen, Briefmarken, Münzen, Bücher, Schreibmaschinen, 5 Geigen, 1 Zither, Hand- und Taschentücher, 1 Partie getr. Kleidungsstücke und Wäsche, **ca. 65 l Rum, ca. 15 l Weinbrand, 1 große Partie Manicüre, Näh- und Stickkasten, Messer, Gabel, Löffel, Scheren, Rasier- u. Taschenmesser, große Messer, Rasiergarnituren, 2 Küferbestecke, 2 Ferngläser, 3 Gewehrfutterale, 2 Revolver, 1 Herrenfahrrad, 1 Handblockwagen, 1 gr. Partie Spielsachen, Blas- u. Pendelfiguren, Vögel, Mäuse, summ. Bienen, Gummipuppen, Hunde, Katzen, Kakao, Schokolade, Kakes, Tabak, Zigarren, Noten, 1 Vervielfältigungs-Apparat** u. v. a. m.

ferner mittags **12 Uhr** in Schlutup (Chem. Fabrik Dr. Stern):

Ein anderw. gepfändeter Kahn

1365) Das Gerichtsvollzieheramt.

Stelle einer Säuglingsfürsorgerin

(Gruppe V) baldigst zu besetzen. Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften.

1349) **Jugendamt.**

Forstrevier Israelsdorf Bezirk Alt-Lauerhof

Holzverkauf

am Freitag, d. 30. Januar 1925, im **Lindenhof** zu **Israelsdorf.**

Ab 10 Uhr vorm.

Forstort Lehmholz. Beim Forsthause Alt-Lauerhof.) Holz Nr. 1335—1571.

156 rm Eichen-Pfähle, 2 m lang, 12-24 cm Durchm.; 1 rm Eichen-Rollen, 1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 14 Stück Eichen-Deichseln, 4 m lang, 16 bis 18 cm Durchm.; 174 rm Eichen-Kluft und -Knüppel; 83 Hfn. Eichen-Busch; 11 Hfn. Buchen-Ausläuterungs-Busch (Erbsbusch); 11 Hfn. Birken-Busch).

Ab 2.30 Uhr nachm.

Forstort Lehmholz. (Bei der Fahneiche.) Holz Nr. 1708—1745.

9 rm Fichten-Rollen, 2,40 m lang, 12—18 cm Durchm.; 1 rm Fichten-Rollen, 1 m lang, von 18 cm Durchm. aufw.; 21 Stück Fichten-Stangen, II.—III. Kl.; 6 rm Buchen-Kluft und -Knüppel; 40 rm Fichten-Knüppel; 1 Hfn. Buchen-Busch.

Forstort Schlutuper Tannen. (Am Deepenmoor.) Holz Nr. 1572—1703.

1183 Stück Fichten-Stangen I.—V. Kl.; 62 rm Nadelholz-Knüppel; 10 rm Nadelholz-Reisterknüppel; 5 Hfn. Nadelholz-Stangen = 20 rm; 2 Hfn. Birken-Busch.

Forstort Steinkrug. (Gegenüber Karlshof.) Holz Nr. 1746—1793.

28 rm Edeltannen-Kluft und -Knüppel; 35 rm Eichen-Kluft und -Knüppel; 9 rm Buchen-Kluft und -Knüppel; 10 Hfn. Laubholz-Busch; 10 Hfn. Buchen-Ausläuterungs-Busch.

Listen werden nicht ausgegeben. Auskunft erteilen Förster Diesiel, Alt-Lauerhof, und Revierjäger Lühr, Karlshof.

Waldhusen, im Januar 1925.

1347) Der Revierförster.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Reichsbund der Kriegsb., Kriegst. und Kriegerhinterbliebenen

Ortsgruppe Lübeck

General-Versammlung

am **Freitag, d. 30. Jan. 1925,** abends 7½ Uhr, im **Kathol. Gesellenhaus.** (1368

(Mitgliedsbuch vorzeigen) **Der Vorstand**

Gr. öffentl. Lichtbilder-Vortrag:

Die Lungentuberkulose

im weißen Saal der Stadthalle

Donnerstag, 29. Januar, abds. 8 30 Uhr

Ref.: Herr **A. Parsenow**

Naturheilkundiger in Lübeck

Langjähriger wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Landesgesundheitsamtes. Staatl. gepr. Chemiker

Thema:

Verhütung und Heilung der Lungentuberkulose

„Biota" Biochemischer Verein Lübeck

Unkostenbeitrag 0.50 ℳ (1356

Fledermaus

Heute Mittwoch

heiterer Familienabend

Maria Wella Wiener Walzer
Wally Marelly die elegante Elastik
Hildegarde Mühle i. Schwarzwald
Irene Waschkin Spitzentänzerin
Zigeunerchor russischer Gesang
3 Veleskos ikarische Spiele
12 Essmanoffs russische Balletttensemble einmaliges Gastspiel
Niki der Kleinste und doch der Größte seines Faches

Außerdem

TANZ

Moderne und **Rundtänze** aus der guten, alten Zeit (1343

Heute Eintritt auf allen Plätzen:

50 Pfg.

Biere und **Getränke** jeder Art

Voranzeige

Sonnabend, den 7. Februar

Fledermaus-Maskenball

Adlershorst

Morgen Donnerstag: (1325

BALL!

TROCADERO

Täglich 8 Uhr: 1326

Unterhaltungs- und Stimmungskonzerte

1374 **Luisenlust**

Mittwoch: **Gr. Tanzkränzchen** Eintritt u. Tanz frei

Boxen! **Das „Ereignis für Lübeck"** **Boxen!**

am 29. Januar 1925, abends 8 Uhr, im Kolosseum

II. Vorrunde und I. Zwischenrunde 1346

um die

„Norddeutsche Meisterschaft"

Norddeutsche und deutsche Meister im Ring! **Lübecker Sportverein von 1913** Box-Abteilung

Donnerstag, den 29. Januar 1925, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Volksversammlung im „Gewerkschaftshaus"

Tagesordnung:

Rechtsblock. – Arbeiterverrat der K. P. D. 1350

Referent: Genosse **Dr. Leber,** M. d. R.

Freie Aussprache!

Massenbesuch erwartet **Die sozialdemokratische Partei.**

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Filiale Lübeck

General-Versammlung

Mittwoch, 28. Januar, abends 7½ Uhr, im **Gewerkschaftshaus**

Tagesordnung:

1. Abrechnung,
2. Jahresbericht,
3. Vorstandswahl
4. Bericht vom Ortsausschuß
5. Bericht vom Gewerkschaftshaus
6. Verschiedenes

Bücherkontrolle!

1316) **Der Vorstand**

Gemeinnützige Siedlungs-Genossenschaft

Oeffentliche Versammlungen in Küchnitz

bei **Dieckelmann,**

Freitag, den 30. Januar, 7½ Uhr abends u. Freitag, den 6. Februar, 7½ Uhr abends.

Aussprache über die Frage:

Welche Wohnart ist die beste für den Industriearbeiter?

Referenten: **Georg Kaping** und **Josef Szeperalski.**

Freier Zutritt für jedermann. 1357

Hansa-Theater-Klause

Täglich Konzert

Orig. Bayr. Schrammel-Trio 1330

Anstich von Bock, Pilsener und Helles

Vor und nach der Vorstellung:

Warme und kalte Speisen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck

Versammlung

am **Sonnabend,** d. 31. d. M., abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshaus.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die stattgef. Lohnverhandlung
2. Wahl der Branchenleitung für die Bauklempner. (1364

Jeder muß kommen. — Verbandsbücher sind vorzuzeigen.

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Letzte Tage!

Mittwoch, 28. Jan.

Wiederaufnahme

des am Sonnabend nach 1½ stünd. Ringen weg. Überschreitung d. Theater-Schlußstunde abgebroch. Entscheidungskampfes

Urbach geg. **Beglien**

Hierauf sind zu ringen bestimmt:

Entscheids.-Kampf Steuis geg. **Warjak**

1355) Varieté 8 Uhr

Ringkampf 9 „

Stadttheater Lübeck

Mittwoch 7.30 Uhr: **Königin Christine**

Donnerstag, 6.30 Uhr: **Tristan und Isolde**

Freitag, 7.30 Uhr: **Lebensballade** (Bei Anwesenheit des Dichters) (1345

Sonnabend, 7.30 Uhr: **Cavalleria rusticana und Bajazzo**

Einzahlung der Abonnementsbeiträge für das **Premieren-Abonnement** bis zum 30. d. Mts. und für die **Sinfonie-Konzerte** und **Proben** vom 29. bis 31. d. Mts. während der Kassenstunden

Deutscher Verkehrsbund

Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftliche

Mitglieder-Versammlung

Donnerstag, 29. Januar, abds. 7½ Uhr

im „Gewerkschaftshaus"

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom IV. Quartal
2. Bericht vom Ortsausschuß
3. Beschlußfassung über Erhebung eines Extrabeitrages für das Gewerkschaftshaus
4. Bericht vom Festausschuß

1358) Die Ortsverwaltung

Mühling's Gaststuben

Heute Mittwoch 8 Uhr

Gr. Preisskat

1331

Gas cbm 19 Goldpfg., Lichtstrom kbw 60, Kraftstrom 27, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (1348

verschiedenen Malen zur Frage der Arbeitszeit in der Oeffentlichkeit Stellung genommen. Seine Auslassungen waren hierbei meistens in einer Form gehalten, daß sie sowohl von Unbeteiligten als ganz besonders von der Arbeiterschaft als festes Versprechen aufgefaßt werden mußten, die Achtstundenschicht werde für die Arbeiter der Hochöfen und Kokereien in kürzester Zeit auf jeden Fall ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage wieder eingeführt werden. Zumal die scharf ausgesprochene Erklärung des Herrn Reichsarbeitsministers, wie sie in der Unterredung mit einem Vertreter der Zeitung „Der Deutsche" zum Ausdruck kommt, kann nur in diesem Sinne gedeutet werden. Die Haltung des Herrn Reichsarbeitsministers ist deshalb in hohem Maße geeignet, bei der Arbeiterschaft Hoffnungen auf unmittelbar bevorstehende Wiedereinführung des Achtstundentags zu erwecken. In den Betrieben herrscht zurzeit noch keine Unruhe trotz der vielfachen Versuche der Gewerkschaften, sie zu erzeugen. Besonders der christliche Metallarbeiterverband geht hiebei mit den unlautersten Mitteln vor. Wir verweisen auf das in der christlichen Gewerkschaftspresse veröffentlichte gefälschte angebliche Rundschreiben unseres Verbandes über die Arbeitszeit. Wir gaben von dieser Fälschung seinerzeit verschiedenen Reichsministern sofort Kenntnis. Das Bestreben der Gewerkschaften geht zweifellos dahin, für den Fall, daß sich aus wirtschaftlichen Gründen die Wiedereinführung der dreiteiligen Schicht in den Hochöfen und Kokereien als unmöglich erweist, bezw. das Gutachten des Reichswirtschaftsrates nicht in dem vom Herrn Reichsarbeitsminister erwähnten Sinne ausfällt, die getäuschten Hoffnungen der Arbeiterschaft auszunutzen, um Unruhe hervorzurufen. Die Aeußerungen des Herrn Reichsarbeitsministers sind insofern nur zu sehr geeignet, das Vorgehen der Gewerkschaften, das fraglos zu den schwersten Arbeiterkämpfen führen muß, zu fördern."

Die Sprache dieser Wirtschaftsgewaltigen läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wehe dem Arbeitsminister, der nicht nach den Wünschen der Industriellen handelt, der wird vor aller Oeffentlichkeit abgekanzelt, daß es nur hagelt. Herr Brauns ist, wie allgemein bekannt, auch nur geduldet im Kabinett Luther, weil taktische Rücksichten auf das Zentrum es erforderten. Bald wird er fliegen. Jeder Arbeiter sollte aus diesem Verhalten der Unternehmer lernen.

Unabhängigkeit u. Freiheit

kann sich die Arbeiterschaft verschaffen,
wenn sie restlos ihre Gelder der

Arbeiterbank

der Bankabteilung der G. A.-G. zuführt.
Die Bankabteilung der gemeinnützigen
Arbeitsgenossenschaft befindet sich

Hundestraße 49/51

Sozialpolitik

Was kostet der Wirtschaft die Sozialversicherung?

Der Hauptvorstand Deutscher Krankenkassen versuchte den Anteil der Sozialversicherung an dem Gesamtumsatz der Betriebe festzustellen. Die durchgeführte Untersuchung hat Angaben von 71 Betrieben mit einem Gesamtumsatz von über 21 Millionen Goldmark und 33 000 beschäftigten Personen gebracht. Es handelt sich bei der Aufnahme um mittlere und größere Betriebe mit durchschnittlich 470 Beschäftigten. An diese wurden an Löhnen und Gehältern 3½ Millionen Goldmark gezahlt, das ist 6,8 % des Gesamtumsatzes. Für alle Beschäftigten mußten 1,61 % des Gesamtumsatzes auf Rechnung der Sozialversicherung geschrieben werden. Davon hatten die Versicherten selbst aus ihren Bezirken 0,9 % aufzubringen, so daß als Arbeitgeberanteil noch 0,7 % des Gesamtumsatzes verblieben. Rechnet man noch die Beiträge zur Erwerbslosenversicherung hinzu, so erhöht sich diese Ziffer auf 0,9 % des Gesamtumsatzes.

Allgemeine Rechtsfragen

Was kann vom Arbeitslohn gepfändet werden?

Wenn der Schuldner keine Angehörigen zu unterhalten hat, müssen ihm 30 Mark wöchentlich und ein Drittel des Mehrverdienstes zum Lebensunterhalt belassen werden.

Hat der Schuldner für einen Angehörigen (Ehegatten, geschiedenen Ehegatten, Kinder, Eltern oder uneheliche Kinder) Unterhalt zu gewähren, so müssen ihm 30 Mark wöchentlich und von dem Mehrverdienst die Hälfte belassen werden. Was jedoch über 100 Mark wöchentlich verdient wird, unterliegt zu zwei Drittel der Pfändung.

Für Unterhaltungsbeiträge an Verwandte (Kinder, Eltern, Ehegatten), ferner für die Steuern ist jedoch der Lohn in voller Höhe der Pfändung unterworfen. Für die Unterhaltungsbeiträge besteht jedoch die Einschränkung, daß die Pfändung in voller Höhe nur wegen Ansprüchen für die Zeit nach Erhebung der Klage und des voraufgehenden Vierteljahres erfolgen darf. Für Steuern darf die Pfändung in voller Höhe nur erfolgen, so weit diese nicht länger als ein Vierteljahr fällig sind.

Bei Unterhaltsbeiträgen für ein eheliches Kind kommt die pfändungsfreie Grenze von 30 Mark wöchentlich nicht in Frage. Es kann aber auch nicht der volle Lohn gepfändet werden. Das Gesetz sagt für diesen Fall, daß dem Schuldner so viel von seinem Verdienst belassen werden muß, als er zur Bestreitung seines notdürftigen Unterhaltes und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder früheren Ehefrau gegenüber obliegenden Unterhaltungspflicht bedarf.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
Schließt Euch zusammen in machtvollen Verbänden.
Hinein in die Organisation!
Nur vereint könnt Ihr Euch ein menschenwürdiges Los erkämpfen.

Wirtschaftsübersicht

Die Machtverteilung innerhalb der Schwerindustrie.

Naturgemäß spiegelt sich die Konzentration der Unternehmungen am deutlichsten in der Schwereisenindustrie wider. Schon bei der Bildung des Stahlwerksverbandes im Jahre 1904 trat das klar hervor. Die überwältigende Mehrheit der Beteiligungsziffern lag schon damals in den Händen der großen Gesellschaften. Daß in der neugegründeten Rohstahlgemeinschaft die großen Konzerne in erster Linie tonangebend sein würden, war angesichts der Entwicklung der letzten Jahre mit Sicherheit zu erwarten. Da die Beteiligungsziffern der Rohstahlgemeinschaft nunmehr bekanntgegeben sind, ist ein Ueberblick über ihre Beteiligung möglich. Dieser gibt zugleich weitgehenden Aufschluß darüber, wie sich die Macht der Schwerindustrie auf die einzelnen Konzerne verteilt.

Die laut § 7 des Vertrages der Rohstahlgemeinschaft zugebilligten Beteiligungsziffern verteilen sich auf insgesamt 31 Werke. Die Höhe der Grundbeteiligung beziffert sich auf 13 432 911 Tonnen. Nach Konzerngruppen geordnet verteilen sich diese Beteiligungsziffern wie folgt:

Gruppe Otto Wolff		
Phönix	580 640	1 743 956
Rheinstahl	940 800	
von der Zypen	221 916	
Gruppe Stinnes bzw. Siemens-Rheinelbe-Union		
Deutsch-Luxemburg	1 006 640	1 680 900
Bochumer Verein	470 000	
Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft	104 000	
Charlottenhütte	100 260	
Friedrich Krupp Akt.-Ges.		1 580 640
Thyssen-Konzern		1 580 640
Klöckner-Konzern		
Klöckner-Werke Akt.-Ges.	787 808	931 424
Geisweider Eisenwerke	143 616	
Gute Hoffnungshütte (Haniel)		911 892
Konzern Linke-Hofmann-Lauchhammer (AEG)		
Linke-Hofmann-Lauchhammer	362 268	768 804
Oberschlesische Eisenindustrie	324 324	
Rheinmetall	82 212	
Hoesch Akt.-Ges.		746 016
Stumm-Konzern		
Eisenwerk Kraft	193 200	527 004
Gußstahlwerk Witten	141 360	
Westfälische Eisen- und Drahtwerke	64 104	
Stahlwerk Menden und Schwerte	67 200	
Norddeutsche Hütte	61 140	
Iselder Hütte		470 928
Rombacher Hüttenwerke		
Rombacher Hüttenwerke	230 208	290 928
Eisenhütte Holstein	60 720	
Mannesmann		337 980

Zusammengefaßt ergibt sich folgendes Bild: Die genannten Gruppen verfügen über eine Beteiligung von insgesamt 11 681 322, die 19 übrigen Werke nur über eine solche von insgesamt 1 801 579 Tonnen. Es bedarf keiner langen Erläuterung, daß die Großkonzerne ohne weiteres in der Lage sind, die Rohstahlgemeinschaft zu beherrschen. So wird dieses Kartell nur ein Werkzeug in den Händen der großen Vertikalkonzerne.

Verantwortlich: Alfred Dreger, Lübeck, Johannisstr. 48, pt.

Beilage des „Lübecker Volksboten"

Der Ortsausschuß

Mitteilungsblatt des A. D. G. B., Ortsausschuß Lübeck und des Afabundes, Ortskartell Lübeck

Nummer 2 — Mittwoch, den 28. Januar 1925 — 3. Jahrgang

Mitteilungen des Ortsausschusses

Die noch ausstehenden Beiträge für den Ortsausschuß sind umgehend an den Gen. Mainz, Johannisstraße 50, abzuführen.

*

Die Beantwortung der Fragen im Rundschreiben Nr. 1 muß sofort erfolgen.

*

Die Vorstände der Gewerkschaften werden gebeten, ihre Mitglieder auf die Vorträge der Arbeiter-Samariter-Kolonne hinzuweisen und zum Besuch anzuhalten, da dieselben für den Gesundheitszustand der Arbeiterschaft von Bedeutung sind.

*

Die Vorstände der Gewerkschaften werden gebeten, in ihren Mitgliederversammlungen auf die Bedeutung der Berufsberatung hinzuweisen. Es gilt zu verhindern, daß unser Nachwuchs Jahre unnötig in nicht geeigneten Tätigkeiten verbringt.

Die Berufsberatungsstelle befindet sich Untertrave 104. Auf dem Sekretariat des ADGB. werden ebenfalls Auskünfte über Lehrlingsfragen erteilt.

Der Vorstand.

Aus Lübeck

Lübeck, d. 20. 1. 1925.

An den Arbeitersekretär Herrn A. Dreger

Hier!

Endesunterzeichneter gestattet sich, Sie im Auftrage der gesamten Erwerbslosen und Notstandsarbeiter zu der am 21. 1. bei Lender, Hundestraße, einberufenen öffentlichen Versammlung ergebenst einzuladen.

Auf der Tagesordnung steht:

Punkt 1. Bericht der von den Notstandsarbeitern an die Bürgerschaft entsandten Delegation, sowie Stellungnahme zum Abänderungs- oder Ergänzungsantrag der Notstandsarbeiter zum Reichsgesetz an die Bürgerschaft betreffs den in die Woche fallenden Festtage.

Punkt 2. Aufhebung und Wegfall der Karenzzeit für ausgesteuerte Notstandsarbeiter.

Am Auftrage: H. Niese, 1. Vorsitzender,
Marlistr. 15 b.

Dieses Schriftstück wurde dem Gen. Dreger übermittelt. Der Ton ist gegen frühere Zeiten schon wesentlich anders, ja man kann sagen vollendet höflich. Gen. D. hat, wie er uns mitteilt, trotzdem dieser Einladung nicht Folge geleistet, weil er es nach wie vor ablehnt, von den Kommunisten und deren Beauftragte, die manchmal sogar unter dem Schutze des § 51 stehen, Einladungen entgegenzunehmen. Beim Gen. D. sind gerade in letzter Zeit sehr viele Vertreter der Erwerbslosen resp. Notstandsarbeiter gewesen und er hat stets seine ganze Kraft für Abhilfe bei wirklichen Beschwerden und Mißständen eingesetzt.

Kommen diese Vertreter der Notstandsarbeiter, die dem Gen. D. persönlich bekannt sind, wieder, so ist er zu jederzeit bereit, mit ihnen über alle Fragen zu verhandeln. Im übrigen muß grundsätzlich darauf verwiesen werden, daß die Gewerkschaften zur Entgegennahme aller Wünsche der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter bereit sind, soweit sie von Angehörigen der Verbände erfolgen. In wilde Radauversammlungen gehen Gewerkschaftsvertreter nicht, da sie der Meinung sind, daß nicht Reden, sondern nur Handeln wirkliche Hilfe für die Erwerbslosen und Notstandsarbeiter bringt.

*

Die Kommunisten sind stark aufgebracht, daß der Verwaltungsausschuß beim öffentlichen Arbeitsnachweis auf Veranlassung der Arbeitnehmervertreter der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter die Nachzahlung der Weihnachtsunterstützung gewährte. Ist doch diesen Herrschaften dadurch ein Argument zum Schimpfen und Verleumden genommen. Trotzdem haben die Kapedisten in der oben erwähnten Versammlung fürchterlich auf die Bonzen und Gewerkschaftsbureaukratie geschimpft. Wir gönnen ihnen das Vergnügen. Von dem von uns als richtig erkannten Weg bringen diese Kerlchen uns nicht ab. Es haben sich schon „größere Kanonen" an dem starken Wollen der Gewerkschaften umsonst die Zähne ausgebissen. Doch die Zeiten für die KPD. sind schlecht. Die Arbeiter sind nicht mehr zu haben für ihren Klamauk. Jetzt versuchen sie es also wieder einmal bei den Erwerbslosen. Armselige Kreaturen.

*

Wir haben uns kürzlich schon einmal mit der Firma Thiel & Söhne beschäftigt. Wenn wir heute nochmals darauf zurückkommen, so nur deshalb, weil wir feststellen wollen, daß sich dieselbe nirgendwo gegen unsere Feststellungen gewandt hat. Damit wird alles zugegeben und die Oeffentlichkeit mag sich über eine solch schamlose Behandlung von Arbeitern selber ein Urteil bilden.

Die Kapitalsknechte Wesenig und Strübing, unter deren Leitung diese Dinge geschehen, (Herr Thiel hat nichts mehr zu sagen) sind vielleicht heute noch der Meinung, sich mit solchen Methoden die Gunst ihrer Auftraggeber zu erhalten. Nun, vielleicht ist der Tag nicht mehr fern, wo ein ausgleichendes Schicksal ihnen den wohlverdienten Fußtritt verschafft. Die Flüche, die Tränen, die gefallen und geweint sind, werden nicht umsonst sein. Aber wir wollen nicht auf ein ungünstig gesinntes Schicksal warten. Wir wollen selbst gestalten.

Die Behandlung der Arbeiter bei Thiel & Söhne ist das Menetekel für alle Arbeiter, wenn sie der Organisation den den Rücken kehren.

Zurück zur Organisation! muß die Parole sein. Nur dann kann sich die Arbeiterschaft gegen schuftige menschenunwürdige Behandlung schützen. Das sollen sich die Kapitalssöldlinge von Thiel & Söhne merken.

Der Arbeiterschaft nochmals den Rat: Hinein in die Organisation, schließt Euch zusammen! Seid nicht ungeduldig. Nichts reift in einem Tag. Alles soll und muß ordentlich vorbereitet werden. Dann ist der Erfolg unser.

Götz.

Allgemeine Gewerkschaftsfragen.

Der neue Kurs und die Reichsarbeiter.

Am 14. Januar hatte der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin, seine Funktionäre aus den Reichs- und Staatsbetrieben zusammenberufen, um ihnen durch eingehenden Bericht von der **Kündigung des Reichsmantektarifes durch das Reichsfinanzministerium** Kenntnis zu geben. Mit dieser Kündigung ist die Absicht verbunden, die bestehenden bescheidenen sozialen Rechte wesentlich abzubauen. Aus dem Bericht ging hervor, daß das Reichsfinanzministerium sachliche Gründe für die Aufkündigung des Vertrages nicht anführen kann, da dieser Vertrag die geringsten sozialen Leistungen unter den Verträgen für die anderen Arbeitnehmergruppen aufzuweisen hat. Nur mit Rücksicht auf die Zeiten größter finanzieller Not konnte der Vertrag aufrechterhalten werden. Die Kündigung kann also nur diktiert sein von dem antisozialen Geist, der sich in Anbetracht des kommenden Regierungskurses wieder stark hervorwagt. Der Regierungsentwurf bringt **Verschlechterungen in allen wichtigen Bestimmungen, z. B. in der Frage des Urlaubs und der Regelung des Krankenlohnes, in der Behandlung der Nichtvollbeschäftigten, in der Bezahlung der Kriegs- und Arbeitsinvaliden,**

in der Gewährung der Kindergelder, in der Bezahlung des Lohnes bei Erfüllung staatsbürgerlicher Pflichten, in der Eingruppierung usw., nur eine Position wünscht man **beizubehalten, und das ist die neunstündige Arbeitszeit, die bis zu 60 Stunden in der Woche** ausgedehnt werden kann. Berücksichtigt man hierbei noch, daß die Reichs- und Staatsarbeiter ohnhin schon stark entrechtet sind, durch die Aufhebung des Entlassungsschutzes und die Beseitigung des Schutzes der Betriebsvertretungen, so ist die Tendenz in dem Verhalten des Reichsfinanzministeriums recht durchsichtig.

Die Funktionäre des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben in der Sitzung keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie diese Verschlechterungen nicht als etwas Alltägliches hinnehmen, sondern wollen mit den übrigen Arbeitern des Reiches gegen die Maßnahmen des Reichsfinanzministeriums den Kampf aufnehmen. Die Arbeiterschaft insgesamt kann aber schon heute erkennen, was ihr bevorsteht und ihrer wartet von einer Regierung Luther-Schlieben, die mit Hilfe der Kommunisten jetzt die Peitsche schwingt. Nur starke Organisationen können wirksame Abwehr leisten.

Wer sich gegen Verschlechterungen seiner Lebenslage, wer sich gegen die Aufbürdung der Lasten des Krieges auf die Schultern der Arbeitnehmer
wirksam schützen will,
der schließe sich seinem Verbande an,
der organisiere sich!

Erwerbslosenfrage.

Weg mit der Pflichtarbeit im kommenden Arbeitslosen-Versicherungsgesetz.

Im Reichsarbeitsministerium ist ein neuer Entwurf für das zu schaffende Arbeitslosen-Versicherungsgesetz ausgearbeitet worden. Obwohl der Entwurf der Oeffentlichkeit noch nicht übergeben worden ist, so werden doch Bruchstücke daraus bekanntgegeben. An einer Stelle heißt es da:

„Der Entwurf führt für Notzeiten die **Pflichtarbeit ein als ein Aequivalent für die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit** und als ein wertvolles Mittel zur Prüfung des Arbeitswillens."

Wenn es nach dem Willen des Reichsarbeitsministeriums geht, dann wird also das Unrecht von heute, wo der Arbeiter hohe Beiträge zahlen muß, die Beitragszahlung aber noch kein Recht auf Unterstützung gibt, verewigt werden. Das Reichsarbeitsministerium erkennt den sonst im Leben allgemein anerkannten Grundsatz: **Beitragspflicht und Beitragsleistung schaffen Unterstützungsrecht und Unterstützungspflicht** für die Arbeiter, nicht an. Sie sollen Beiträge zahlen, dafür erhalten sie im Falle der Arbeitslosigkeit aber noch nicht ohne weiteres Unterstützung; wollen sie welche haben, dann müssen sie als Gegenleistung dafür Pflichtarbeit leisten. Das Reichsarbeitsministerium scheint der Meinung zu sein, daß die Beiträge der Arbeiter keinerlei Wert haben. Wenn die Zeitungsmeldungen stimmen, dann soll die Pflichtarbeit nur in Notzeiten gelten. Wann eine Notzeit besteht, darüber entscheiden selbstverständlich die Behörden im Einverständnis, oder wohl richtiger: im Auftrage der Unternehmer. In dieser Hinsicht hat die Arbeiterschaft genügend Erfahrung. Ganz entschieden verbitten müssen wir uns die Bemerkung, daß die Einführung der Pflichtarbeit notwendig sei, um den Arbeitswillen zu prüfen. Mit dieser Auffassung stellt sich das Reichsarbeitsministerium in eine Linie mit den Scharfmachern, die den traurigen Mut haben, die Arbeitslosen als Verbrecher und arbeitsscheues Gesindel zu beschimpfen, was die Handelskammer Altona kürzlich getan hat. Nichts ist den Arbeitern lieber, als Beschäftigung zu haben, sie verzichten dann gern auf Unterstützung.

Das Reichsarbeitsministerium will mit der Verbindung von Arbeitslosenversicherung und Pflichtarbeit den Unternehmern entgegenkommen, die am liebsten jedwede Unterstützung an Arbeitslose ablehnen. Wenn sie nicht zu umgehen ist, dann sollen die Arbeiter aber auf alle Fälle zur Leistung von Pflichtarbeit gezwungen sein. Das verlangt eine Entschließung der Unternehmer im Reichswirtschaftsrat. Die Arbeitervertreter haben diese Entschließung abgelehnt. Das kümmert das Reichsarbeitsministerium aber nicht, für dieses ist maßgebend, was die Unternehmer wollen. Aus dieser Einstellung heraus kommt es auch zu dem Versuch, eine Arbeitslosenversicherung mit Pflichtarbeit zu schaffen. **Es gilt gegen diesen Versuch von vornherein Protest zu erheben.**

Der Kampf um die Arbeitszeit.

Der ADGB. ließ im Mai dieses Jahres durch die Ortsausschüsse im ganzen Reiche eingehende

Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit

durchführen. Diese Erhebungen, die sich auf sieben der größten und wichtigsten Industrien erstreckten, haben die Ortsausschüsse Ende November wiederholt. Das erste Ergebnis dieser statistischen Umfrage liegt soeben vor. Da sich der Ortskreis der beiden Erhebungen im wesentlichen deckt, sind wichtige Vergleichszahlen gewonnen, die anzeigen, **was die Gewerkschaften leisten.**

Die Novemberstatistik ergibt folgendes Bild:

Beruf	Zahl der erfaßten Beschäftigten	Davon arbeiten über 48 Std. wöchentl.	In Proz. der Beschäftigten	Vergleichszahl der Erhebung Anfang Mai 24: Über 48 Stunden wöchentlich arbeiteten in Proz. der Beschäftigten
Baugewerbe . . .	240 207	25 152	10,5	11,0
Buchdruckgewerbe	59.447	15 775	26,5	49.4
Chem. Industrie .	150 669	58 469	38,8	44,0
Holzgewerbe . . .	161 780	22 873	13,8	21,4
Metallindustrie . .	1 324 846	703 849	53,1	63,5
Schuhindustrie . .	61 124	4 962	8,1	14,5
Textilindustrie . .	361 543	238 644	66,0	82,4
Zusgesamt	2 359 616	1 069 224	45,3	54,7

Der Ortsausschuß Lübeck war mit zur Berichterstattung aufgefordert. Ueber die Arbeitszeit in Lübeck konnten folgende Zahlen gemeldet werden:

Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit in der Woche vom 12. bis 17. Mai 1924
einschließlich etwaiger Ueberstunden

Beruf	unter 48 Std.		48 Stunden		üb. 48-51 Std.	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Baugewerbe . . .	—	—	86	1450	—	—
Buchdruckereien .	—	—	17	213	2	3
Chem. Industrie .	—	—	5	260	—	—
Holzgewerbe . . .	1	21	98	860	8	37
Metallindustie . .	—	—	75	1250	—	—
Schuhfabriken . .	—	92	65	—	—	—
Bekleid.-Industrie	—	—	40	350	1	18

Beruf	üb. 51-54 Std.		über 54 Std.	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Baugewerbe	—	—	—	—
Buchdruckereien	4	52	1	9
Chemische Industrie	—	—	—	—
Holzgewerbe	—	—	—	—
Metallindustrie	22	4000	1	1050
Schuhfabriken	—	—	—	—
Bekleidungsindustrie	—	—	—	—

Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit in der Woche vom 3.—8. November, einschließlich etwaiger Ueberstunden.

Beruf	Es bestand am Orte Kurzarbeit insgesamt		unter 48 Stunden ohne Kurzarbeit	
	in Betrieben Zahl	mit Beschäftigten Zahl	in Betrieben Zahl	mit Beschäftigten Zahl
Baugewerbe	—	—	—	—
Buchdruckereien . .	—	—	—	—
Chemische Industrie	—	—	—	—
Holzgewerbe . . .	—	—	2	28
Metallindustrie . .	2	897	—	—
Schuhfabriken . . .	—	—	—	—
Textilindustrie . . .	—	—	—	—

	48 Stunden		über 48 bis 51 Std.	
	in Betrieben Zahl	mit Beschäftigten Zahl	in Betrieben Zahl	mit Beschäftigten Zahl
Baugewerbe	76	1350	—	—
Buchdruckereien . .	19	312	—	—
Chemische Industrie	5	190	—	—
Holzgewerbe . . .	47	620	—	—
Metallindustrie . .	78	1188	—	—
Schuhfabriken . . .	34	61	1	8
Textilindustrie . . .	—	—	—	—

	über 51 bis 54 Std.		über 54 Stunden	
	in Betrieben Zahl	mit Beschäftigten Zahl	in Betrieben Zahl	mit Beschäftigten Zahl
Baugewerbe	—	—	—	—
Buchdruckereien . .	2	31	—	—
Chemische Industrie	—	—	—	—
Holzgewerbe . . .	10	86	—	—
Metallindustrie . .	8	1918	1	1889
Schuhfabriken . . .	—	—	—	—
Textilindustrie . . .	—	—	—	—

Die Novemberstatistik des ADGB. zeigt, daß die Gewerkschaften imstande gewesen sind,

mit großem Erfolg den Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu führen.

Als die Gewerkschaften durch den entsetzlichen Währungsverfall im Vorjahre finanziell im höchsten Maße geschwächt wurden und die Gewerkschaftsmitglieder durch die Leiden in der Inflationszeit völlig erschöpft waren, glaubte das Unternehmertum die vorübergehend erlahmte Stoßkraft der Gewerkschaften zu einem groß angelegten Streich gegen die Arbeitszeit nutzen zu können. Unter dem Stichwort: „Gegen den schematischen Achtstundentag" steuerte man auf den Zehnstundentag los. Die Erhebung des ADGB. im Mai zeigte, daß diese Absicht nicht gelang. Die Gewerkschaften bildeten trotz der Schwächung durch den Währungszusammenbruch einen wirksamen Wall. Die jetzige Erhebung zeigt, daß es den Gewerkschaften im steten Kampf gelang, die Arbeitszeit wieder herabzudrücken, trotzdem die riesenhafte Arbeitslosigkeit diesen Kampf stark hemmte. So sieht der „Verrat", das „Preisgeben" der Gewerkschaften in der Praxis aus. Aber die Gewerkschaften kämpften

gegen drei Fronten.

Gegen die Arbeitgeber, die um jeden Preis den Achtstundentag beseitigen wollten, gegen die Arbeitslosigkeit, die das Streben der Arbeitgeber stark stützte, und zugleich gegen die Gewerkschaftsspaltung der Kommunisten. Es muß angesichts der Erfolge der Gewerkschaften, die unter so schweren Vorbedingungen errungen wurden, die Frage gestellt werden: Was wäre möglich gewesen, wenn nicht die Parolen von Moskau die Einheit und den Zusammenhalt der Mitglieder gestört hätten. Was wäre möglich gewesen, wenn die Millionenmasse der deutschen Gewerkschaftler nur das eine Ziel im Auge gehabt hätte: Unrecht und Unerträgliches vom deutschen Arbeiter fernzuhalten?

Diese Frage muß sich jeder Arbeitnehmer vorlegen und es kann nicht mehr schwer sein, die richtige Lehre daraus zu ziehen.

Arbeitsrecht

Haben Nichtorganisierte Anspruch auf Tariflohn?

Mit dieser Frage hatte sich vor kurzem das Gewerbegericht in Velbert zu beschäftigen. Die Frage selbst wurde verneint. Damit hat das Urteil für alle die, die wohl ernten, aber nicht säen wollen, also für die Nichtorganisierten, eine gewisse Bedeutung erlangt.

Der Tatbestand war folgender: Eine Firma verweigerte einem Arbeitnehmer die kurz vorher durch Schiedsspruch festgesetzte Lohnerhöhung von 17 Prozent und wurde deswegen verklagt. Die beklagte Firma machte geltend, daß der Kläger nicht Mitglied einer der an dem Schiedsspruch beteiligten Parteien sei. Der Kläger könne deswegen aus dem Schiedsspruch keine Rechte für sich herleiten, denn der Spruch sei wohl für verbindlich, nicht aber für allgemeinverbindlich erklärt worden. In der Urteilsbegründung wird noch darauf hingewiesen, daß ein Schiedsspruch, gleichgültig, ob eine Unterwerfung unter diesen freiwillig oder gezwungen erfolgt, und den Streit zwischen den beteiligten Parteien schlichtet. Für Nichtmitglieder der Parteien ist der Schiedsspruch weder gefällt, noch erstreckt sich seine Verbindlichkeitserklärung darauf. Soll der Schiedsspruch auch Kreise umfassen, die nicht den beteiligten Parteien angehören, so müßte er für allgemeinverbindlich erklärt werden.

Betriebsrätefragen

Schutz der gewerblich tätigen Schwangeren und Wöchnerinnen.

Zur besonderen Beachtung unserer Betriebsräte.

Der Minister für Handel und Gewerbe erläßt folgende Verfügung:

„Es erscheint notwendig, daß dem Schutze der gewerblich tätigen Schwangeren und Wöchnerinnen eine noch größere Aufmerksamkeit als bisher zugewendet und ein reges Zusammenarbeiten der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den in der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge beschäftigten Kreis- und Stadtfürsorgerinnen herbeigeführt wird. Die Letzteren werden durch Mitteilung ihrer bei der Fürsorgetätigkeit gemachten Beobachtungen an die Gewerbeaufsichtsbeamten zur Durchführung des Schwangeren- und Wöchnerinnenschutzes wesentlich beitragen können. So treten z. B. nach von verschiedenen Seiten gemachten Feststellungen die mit dem Zustande der Schwangerschaft Hand in Hand gehenden körperlichen Beschwerden bei schwangeren Arbeiterinnen in besonders starkem Maße auf, sie sollen auch vielfach nur durch ungeeignete Arbeit hervorgerufen werden. Solche Fälle gelangen nicht immer zur Kenntnis der Gewerbeaufsichtsbeamten — welche sonst auf die Zuweisung geeigneter Arbeit an die schwangeren Arbeiterinnen hinwirken würden — durch ein Zusammenarbeiten mit den Fürsorgerinnen dürften sie aber mehr als bisher mit derartigen Erscheinungen bekannt werden.

Ich ersuche daher, die Gewerbeaufsichtsbeamten hierauf hinzuweisen und zu veranlassen, daß sie — insbesondere die Gewerbepflegerinnen — mit den in Betracht kommenden Stellen zur Herbeiführung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit in Verbindung treten.

Ferner ersuche ich im Einverständnis mit dem Herrn Minister für Volkswohlfahrt, den Landräten und Oberbürgermeistern nahezulegen, ihrerseits die mit der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge betrauten Kreis- und Stadtfürsorgerinnen mit Anweisung zu versehen, daß sie 1. Beobachtungen über den Gesundheitszustand der Schwangeren, sowie Wahrnehmungen über den Einfluß der gewerblichen Arbeit vorliegen, den Gewerbeaufsichtsämtern mitteilen; 2. den Gewerbeaufsichtsämtern die Fälle bezeichnen, in denen eine der Schutzvorschrift des § 137 Abs. 6 der Gewerbeordnung nicht beachtende vorzeitige Aufnahme der gewerblichen Arbeit beobachtet wurde."

Die Betriebsräte werden ersucht, ein wachsames Auge zu haben. Das gehört mit zu ihrer Tätigkeit. Beschwerden der Schwangeren über zu schwere Arbeit und über sonstige Verhältnisse im Betriebe, die ihren Gesundheitszustand beeinträchtigen oder die Leibesfrucht schädigen könnten, sind bei der hiesigen Beratungsstelle für Wöchnerinnen und Schwangere anzubringen. Daneben können Beschwerden bei den Wohlfahrtspflegern und Pflegerinnen, sowie beim Ortsausschuß zur Weitergabe eingereicht werden. Das Gewerbeaufsichtsamt kann amtlich die Beseitigung etwaiger Beschwerdeursachen verlangen.

Auskunft

in allen Fragen betreffend Neuwahl der Betriebsvertretungen, erteilt die Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Allgemeinen freien Angestelltenbundes Lübeck, Johannisstr. 48, pt. Sprechstunden von 12—1 Uhr vorm. und von 4½—6 Uhr nachm.

Die Wahl findet für alle Betriebe (mit Ausnahme der kürzlich vorgenommenen) an einem Tage statt. Nähere Mitteilungen erfolgen. In den nächsten Tagen erscheint „Der Ortsausschuß" in einer Extraausgabe, die alle Bestimmungen zur Wahl enthält.

Aus dem Unternehmerlager

Der gerüffelte Reichsarbeitsminister.

Der § 7 der Arbeitszeitverordnung enthält die Vorschrift, daß die Ueberschreitung des Achtstundentags „für Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, insbesondere . . . für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen . . . ausgesetzt sind", nur zulässig ist, „wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist oder wenn sie sich in langjähriger Uebung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt. Der Reichsarbeitsminister bestimmt, für welche Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern diese Beschränkung Platz greift."

Das Zweischichtensystem in den Hochöfen und Kokereien, eine Kulturschande, ist demnach überhaupt ungesetzlich. Es wird lange Zeit brauchen, um das Mißtrauen und die Verbitterung der Arbeiterschaft gegen den Reichsarbeitsminister und den ihm nachgeordneten Schlichtungsstellen zu beseitigen, die unter Gesetz und Recht, einfach aus Furcht vor den Unternehmern, die barbarische Arbeitszeit den wehrlos gemachten Arbeitern aufzwangen.

Mehr als ein Jahr ist seit Erlaß der Arbeitszeitverordnung verstrichen, und immer noch ist der Reichsarbeitsminister seiner Pflicht nicht nachgekommen, die im § 7 der Arbeitszeitverordnung festgelegt ist: eine Ueberschreitung des Achtstundentags in den vorgezeichneten Berufen zu untersagen. Er hat sich bemüht, seine Verantwortung auf andere Schultern abzuwälzen. Umfangreiche, von den Unternehmern verschleppte Erhebungen wurden angestellt. Das Zweischichtensystem wurde schließlich zum internationalen Skandal. Da hat sich der Reichsarbeitsminister endlich kurz vor den Reichstagswahlen bemüßigt gefühlt, die Wiederherstellung des Achtstundentags anzukündigen, wobei auf Grund der Arbeitszeitverordnung mit der Schwerindustrie begonnen werden sollte. Den weiteren Verschleppungen der Unternehmer hat die Reichsregierung insofern ein Ziel gesetzt, als sie den Anfang Januar als letzten Termin festsetzte. Inzwischen ist abermals eine Hinausschiebung des Termins erfolgt. Nun soll ab April die achtstündige Arbeitszeit in den obengenannten Betrieben oder Betriebsabteilungen eingeführt werden.

Die Schwerindustriellen des Ruhrgebiets haben nun durch die von ihnen beherrschte Telegraphenunion eine Kundgebung verbreitet, die folgendermaßen lautet:

„Der Herr Reichsarbeitsminister hat in der letzten Zeit zu